

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Bodenständig statt bodenlos



Foto: Landpixe/Wirhausen

Boden

Landvergabe und Bodenpolitik ist ein Spannungsfeld, denn die kostbare Ressource ist knapp. Zum Erhalt bäuerlicher Betriebe gilt es den preistreibenden Ausverkauf zu stoppen und eine gerechte Beteiligung durchzusetzen mehr dazu auf den **Seiten 2 und 11 bis 13**

Bewegung

Widerstand im Winter heizt ein: gegen Freihandelsabkommen und am 18. Januar in Berlin gegen Agrarindustrie. Mehr zur Förderung des Leguminosenanbaus, Gesundheit im Stall, neue Wirtschaftskonzepte und vom Ökolandbau auf den **Seiten 3, 7, 8, 10, 17 und 18**

Agrarpolitik

Die EU Agrarreform in der nationalen Umsetzung. Zur Preis- und Mengenregelung des EU-Milchmarktes liegen konkrete Vorschläge vor. Wie er sich die deutsche Energiewende vorstellt, erklärt ein Grüner Landesagrарminister. Nachlesen auf den **Seiten 4, 5 und 6**

Die Seite 3

Klimawandel vor Ort 3

Agrarpolitik

Brandenburger Weg in die Zukunft 4

Die Vernetzung der Welt 4

Mit Essen spielt man nicht 6

Tierhaltung

Kükentöten strafbar. 5

Absichtserklärung für Ablass 10

Milch

Viel Bewegung im Milchsektor. 7

Bewegung

Moderne Agrarpolitik? 8

Schwerpunkt

Wohin des Wegs mit der Agrarkultur? 11

Agrarpolitik bleibt Thema für viele 11

Wahllese: Die Zivilgesellschaft muss es richten 12

Bäuerlich für Bayern und die Welt 13

Essen aus dem Agroparc oder vom Bauern. 14

Nachbau

Saatgutrecht erstmals im Parlament debattiert. 15

Aus fernen Ländern

Kleinbäuerliche Landwirtschaft im Süden Brasiliens. 16

Soja als Erfolgsmodell in Afrika? 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Uwe Schreiber und Barbara Schilling, Seite 9;
Landleben Seite 19; Lesen Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Der Zugang zu Land ist Grundlage allen bäuerlichen Wirtschaftens. Besonders bei uns in Ostdeutschland ist dieser aber gepflastert mit großen Steinen. Der Unmut über Klientelpolitik, Ungerechtigkeiten der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) und über Investoren, die mit dem Acker nur noch spekulieren wollen, ist groß. Aber junge Leute, die aufs Land wollen, um dort zu leben und zu arbeiten tun sich zusammen und organisieren Widerstand. Es geht um neue Perspektiven für den ländlichen Raum in Ostdeutschland, welcher sich im rigorosen Verdrängungswettbewerb durch großagrarindustrielle Strukturen befindet. Bauernhöfe und eine diversifizierte Agrarstruktur, die Dörfer nicht veröden lässt, stärkt nicht nur die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes. Sie bietet auch Lebensraum für Menschen, Pflanzen und Tiere. Schöpfungsbewahrung nennt das die Kirche, tritt öffentlich dafür ein und handelt doch nicht immer danach. Stolze 80.000 ha Kirchenland kann die evangelische Kirche in Mittel-



Kommentar

Kirche im Dorf

deutschland (EKM) zu ihrem Besitz zählen. Diese werden jedoch nach wie vor meistens gewinnmaximierend verpachtet, ökologische und soziale Kriterien spielen bei der Landpachtvergabe kaum eine Rolle. Wie viel Potenzial hat die Kirche durch diese Haltung bislang verschenkt?

So klar die Position der evangelische Kirche Deutschlands (EKD) und kirchennaher Organisationen in Bezug auf Landgrabbing in Drittweltländern ist, so verwaschen und intransparent handelt die Evangelische Kirche durch ihre Landvergabepraxis in Thüringen und Sachsen-Anhalt und unterstützt dadurch fragwürdige Agrarstrukturen. Dabei liegt gerade in dem Grundbesitz der Kirchen eine große Chance. Ein verantwortungsvoller Umgang hinsichtlich der Verpachtung des Kirchenlandes könnte neue Impulse setzen, Betriebsgründungen fördern, innovative, regionale und soziale Projekte ermöglichen und bestehende bäuerliche Betriebe stabilisieren.

Die EKM könnte durch bewussten Umgang mit ihrer Landvergabe sinnbringende Zeichen setzen und ihrer drohenden Bedeutungslosigkeit auf den Dörfern entrinnen. Sie könnte Motor einer Bewegung für Veränderung werden und damit auch die Politik unter Druck setzen, die bislang bewusst Großstrukturen unterstützt und nur Lippenbekenntnisse gegen den Ausverkauf des Landes an außerlandwirtschaftliche Investoren zum Besten gibt. Es lohnt sich zu kämpfen und immer wieder das Gespräch mit Verantwortlichen der Kirchen zu suchen. Zum Beispiel mit den Synodalmitgliedern der EKM, die vor dem Beginn ihrer Synode in Erfurt von jungen AbLern Apfelbäumchen überreicht bekamen, an die sie ihre Zukunftsperspektiven geknüpft hatten. „Wenn ich ein Stück Kirchenland pachten könnte, würde ich eine Biogärtnerei gründen“ oder „Ich möchte einen Obstbaubetrieb aufbauen und mich dafür einsetzen, dass die Kirche im Dorf bleibt.“

Ideen gibt es viele, engagierte, gut ausgebildete Menschen auch. Das Land muss in die Hände derjenigen (von denen bearbeitet werden), die ländliche Strukturen aufbauen und erhalten wollen!

Claudia Gerster,
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Sachsen-Anhalt

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Zum Titel

Fast eine halbe Million Menschen ist dieses Jahr zur Agritechnica nach Hannover gereist. Ein Besucherrekord, der mindestens ein anhaltend großes Interesse an Technik ausdrückt. Auf immer größeren Messeständen, immer größer werdender Firmenkonzertien stehen immer größere Maschinen, präsentiert wie Showstars auf Bühnen im Discobebel. Das beeindruckende Spektakel hat großen Unterhaltungswert, besonders auch für Kinder, von der Realität auf den Höfen scheint es häufig weit weg. In der Bauernstimme, im Gegensatz zu anderen landwirtschaftlichen Zeitungen, bleibt ein unscharfer Trecker als einzige Reminiszenz an die weltgrößte Landtechnikschau auf dem Titel – im Vordergrund steht der Boden als Grundlage des landwirtschaftlichen Wirtschaftens. Gemacht hat das Bild Christian Mühlhausen von der Agentur Landpixel.

Widerstand gegen transatlantisches Handelsabkommen

Agrarindustrie will Verhandlungen für ihre Interessen nutzen

In einer zweiten Runde trafen sich jüngst in Brüssel die Handelschefs der EU und den USA, um über die Ausgestaltung der geplanten transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu verhandeln – wie immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit und selbst des EU-Parlaments. Längst sind sich kritische Experten einig, dass bei TTIP nicht der Ausbau der Handelsströme allein für die europäische Agrarindustrie im Vordergrund steht, sondern TTIP die Möglichkeit eröffnet, die bäuerlichen und handwerklichen qualitativ hochwertigen Standards in Europa anzugreifen und gegen industrielle Verfahrensweisen auszutauschen.

Das zeigen schon die Exportzahlen. Die EU exportierte im Jahr 2011 Agrargüter im Wert von 97,4 Mrd. Euro. Davon gelangen in die USA Agrargüter im Wert von 13,2 Mrd. Euro. Der europäische Exportanteil in die USA umfasste also knapp 14 Prozent. Außerdem sind die Zölle im Außenhandel zwischen der EU und den USA bereits jetzt schon recht niedrig und bewegen sich im Durchschnitt unterhalb von fünf Prozent. Vor allem Standards stehen der Agrarindustrie noch im Wege und die sollen angeglichen werden. Das bedeutet dann, dass die tendenziell höheren EU-Standards an den niedrigeren US-Standards angeglichen werden sollen. Davon profitiert dann auch die europäische Agrarindustrie. Es ist bekanntlich von Themen wie Hormon-, Klonfleisch oder Chlorhähnchen die Rede, aber bis dato sind dazu noch keine Informationen durch die verriegelten Verhandlungstüren durchgesickert.

Europäische Standards verraten

Der AbL liegt aber ein Papier der EU-Kommission zur landwirtschaftlichen Agenda vor, in dem darauf hingewiesen wird, dass die EU die Handelsgespräche mit Vorleistung zur Gentechnik und Rindfleischbehandlung angekurbelt hat. „Die gentechnikfreundliche EU-Kommission hat bislang die Importe einiger Dutzend Gentechnikpflanzen als Futter- und Lebensmittel erlaubt“ sagt AbL-Bundesvorsitzender Bernd Voß, „so auch den Gentechnik-Mais MIR 162. Brisant ist aber, dass die Importzulassung dieser Maislinie ausdrücklich in Verhandlungspapieren als Zugeständnis der EU an die USA ge-

nannt wird. Fest steht also: Die Frage der Gentechnik ist Gegenstand der Handelsgespräche. Aktuell“, so Voß weiter, „wollen Teile der EU-Kommission und der EU-Regierungen für die USA den Gentechnik-Teppich noch weiter ausrollen, wenn sie im Dezember über den Anbau des Gentechnik-Mais 1507 des Konzerns Pioneer Hi Bred entscheiden. Hier haben es die EU-Regierungen in der Hand gegen zu halten. Die AbL fordert die deutsche Bundesregierung auf, statt durch jahrelange Stimmenthaltung der Gentechnikindustrie weiter die Tür zu öffnen, jetzt deutlich mit Nein zu stimmen“, so Voß weiter. „Eine weitere Vorleistung seitens der EU ist die seit diesem Jahr erlaubte Besprühung von Fleisch mit

wird versucht, die Agrarindustrie zu fördern und bäuerliche Betriebe zu schwächen. Deshalb fordert die AbL, die geheimen Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu stoppen und die Handelspolitik multilateral, also unter Einbeziehung aller Länder dieser Welt, und mit Bäuerinnen und Bauern sowie mit der Zivilgesellschaft zukunftsfähig zu entwickeln.

Breiter Widerstand

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch das bundesweite und in diesem Jahr gegründete Bündnis „Unfairhandelbar“, in dem 22 Organisationen aus den Bereichen Umweltschutz, Entwicklungs- und Handelspolitik, Jugendorganisationen sowie Landwirtschaft organisiert

lantischer Ebene formiert sich Widerstand. Einen gemeinsamen Brief an US-Präsident Barack Obama, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, haben im November 50 Organisationen und Verbände aus den USA und 45 aus Europa unterzeichnet. In diesem Brief heißt es: „Wir, die unterzeichnenden Organisationen von Europa und den USA, äußern unsere Vorbehalte gegenüber den kommenden Verhandlungen und lehnen die Hinter-Verschlossenen-Türen Verhandlungen ab, ebenso wie die Bevorzugung kommerzieller Interessen vor gesellschaftlichen Anliegen.“

Hindernisse schleifen

Nicht verwunderlich ist die Position der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), unter denen sich zahlreiche Industrieverbände und Unternehmen organisieren. So heißt es: „Oberste Priorität sollte aus Sicht der BVE der Abbau nicht-tarifärer und regulatorischer Handelshemmnisse haben. Die Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes transatlantisches Handels- und Investitionspartnerschaft, das der deutschen Ernährungsindustrie einen verbesserten Zugang zum US-amerikanischen Markt ermöglicht, und ein Dialog über die vertiefte regulatorische Kooperation wird von der BVE daher begrüßt.“

In ein ähnliches Horn stößt der Deutsche Bauernverband: „Der Deutsche Bauernverband (DBV) steht Verhandlungen zwischen den USA und der EU über ein Freihandelsabkommen grundsätzlich offen gegenüber. Der Bauernverband fordert aber ein faires Abkommen für den Agrarsektor ein. Für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft können sich durchaus Chancen eröffnen, vor allem bei weiterverarbeiteten Produkten.“ Weiter heißt es: „Der DBV werde aufmerksam verfolgen, dass die europäischen Produktionsstandards, die teilweise weit über international anerkannte Regeln hinausgingen, im Rahmen der Verhandlungen nicht aufs Spiel gesetzt und berücksichtigt würden.“ Aber eben darum geht es bei den geheimen Freihandelsgesprächen. Deswegen müssen diese auch, um konsequent zu bleiben, abgelehnt werden.

Berit Thomsen



Schon im Sommer gab es Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA Foto: Thomsen:

Milchsäure“, sagt AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch. „Das hat den Effekt, dass Bakterien abgetötet werden. Diese offizielle Begründung ist auch zutreffend, aber unterschlagen wird, dass die Milchsäurebehandlung den Reifeprozess von Fleisch künstlich verkürzt und ein langes Abhängen nicht mehr notwendig ist. Industrielle Schlachtunternehmen können durch dieses Verfahren weiter rationalisieren und Kosten sparen. Darunter wird die regionale und qualitativ hochwertige handwerkliche Fleischverarbeitung leiden und weiter verdrängt“, erläutert Maria Heubuch.

Für die Bäuerinnen und Bauern ist ein transatlantisches Freihandelsabkommen kontraproduktiv. Denn damit

sind, darunter auch die AbL. Das Bündnis fordert ein Stopp der Verhandlungen und neue Wege in der Handelspolitik. Neben Landwirtschaft behandelt TTIP auch Themen wie Investment, Umwelt, Fracking oder auch Arbeits- und Sozialrecht, weshalb ein gemeinsames Vorgehen in der Zivilgesellschaft dringend erforderlich ist. Auch der Bundesverband Verbraucherzentrale formuliert deutliche Worte in einer Pressemitteilung vom 11. November: „Strengere nationale Regeln werden zugunsten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aufgeweicht. Das wäre ein herber Rückschlag beispielsweise für solche Erzeuger, die auf eine regionale und ressourcenschonende Wertschöpfungskette setzen.“ Auf europäischer und transat-



Geld aus Brüssel Foto Hamich

Bis zu 1.000 Euro netto Aufschlag je Betrieb

In Frankreich deutlich mehr. Bund und Länder einig zur EU-Agrarreform

Deutschland wird ab dem nächsten Jahr einen Zahlungs-Aufschlag für die ersten bis zu 46 Hektar je Betrieb einführen und dafür 6,9 Prozent der EU-Direktzahlungsmittel nutzen. Das ist Teil des Konzeptes zur nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform, auf das sich die Agrarminister von Bund und Ländern am 4. November auf einer Sonderkonferenz in München geeinigt haben. Damit schöpft Deutschland die maximale Hektarzahl je Betrieb, für die laut EU in Deutschland ab 2014 ein Aufschlag gewährt werden kann, voll aus. Überhaupt nicht voll ausgeschöpft wird dagegen der durch die EU-Agrarreform eröffnete nationale Spielraum, bis zu 30 Prozent der Direktzahlungsmittel für einen Aufschlag für die ersten Hektar einzusetzen. Nicht 30, sondern nur 6,9 Prozent wollen unsere Minister nutzen. Frankreichs Regierung will mit 20 Prozent dreimal so viel bewegen. Konkret sieht der politische Beschluss von München folgendes vor: Für

die ersten bis zu 30 ha jeden Betriebes gibt es einen Zahlungs-Aufschlag von 50 Euro je ha und Jahr, d.h. maximal 1.500 Euro je Betrieb. Für weitere bis zu 16 ha beträgt der Aufschlag 30 Euro je ha, d.h. maximal zusätzliche 480 Euro.

2.000 brutto, 1.000 netto

Zusammen sind das für die ersten 46 ha maximal 1.980 Euro, brutto. Netto oder effektiv bleiben davon im Bundesdurchschnitt aber höchstens 1.000 Euro übrig, denn es gibt für den Aufschlag kein „frisches Geld“, vielmehr werden zur Finanzierung des Aufschlags „vorher“ die Direktzahlungen für alle Flächen linear um 6,9 Prozent gekürzt, auch bei den kleineren Betrieben. Bei einer durchschnittlichen Flächenzahlung von rund 300 Euro pro ha in Deutschland ab dem nächsten Jahr reduziert sich die Basisprämie (nicht die Greening- und Junglandwirtezahlung) um knapp 21 Euro je Hektar. Netto bleiben also vom 50 Euro-Aufschlag für die ersten 30 ha nur rund 30 Euro und vom 30-Euro-Aufschlag für weitere 16 ha nur rund 10 Euro je Hektar. Oder anders: Aus knapp 2.000 Euro maximalem Aufschlag je Betrieb bleiben netto gut 1.000 Euro. In Prozenten ausgedrückt, erhöht diese Aufschlagsregelung die Betriebsprämie (Bundesdurchschnitt) netto um höchstens 10 Prozent, nämlich bei Betriebsgrößen bis zu 30 ha. Bei einem 46-ha-Betrieb liegt das Plus bei knapp 7 Prozent – immer im Vergleich zu einer Umsetzung der EU-Reform ohne Einführung des Aufschlags. Wie gesagt: Brüssel ermöglicht ein Vielfaches davon. Für alle Flächen, die ein Betrieb über 46 Hektar hinaus hat, wird kein Aufschlag mehr gezahlt. Hier kommt also die Kürzung um die oben erwähnten durchschnittlichen 21 Euro (6,9 Prozent) voll zum Tragen. Das bedeutet, dass die Aufschlagssumme aus den ersten 46 Hektaren mit jedem weiteren Land angeknabbert wird. Bei rund 100 ha Betriebsgröße ist der Aufschlag ganz aufgebraucht. Ab 100 ha kommen die Betriebe so langsam in die Verlust-Zone. Das heißt, die Netto-Aufschläge werden ganz von den Betrieben mit über 100 ha „bezahlt“. Der größtmögliche Verlust für einen Riesenbetrieb liegt bei 6,9 Prozent. Ein 1.000-ha-Betrieb verliert z.B. gut 6 Prozent.

Alle gewinnen

Bei der bisher beschriebenen Gewinn- und Verlustrechnung ist die Aufschlags-Regelung jeweils verglichen worden mit einer Reform-Umsetzung ohne Aufschlag. Um jedoch bewerten zu können, ob der Beschluss unserer Agrarminister die viel verwendete Note „Stärkung der bäuerlichen Betriebe“ tatsächlich verdient, muss der beschlossene Aufschlag mit der heute bestehenden Regelung des Jahres 2013 ver-

glichen werden. Das ergibt dann ein anderes Bild: Denn als Ergebnis der vorangegangenen EU-Agrarreformen werden heute die Direktzahlungen der Betriebe mit gestaffelten Prozentsätzen gekürzt (Modulation); Die Beträge zwischen dem Freibetrag 5.000 Euro und 300.000 Euro Direktzahlung je Betrieb werden um 10 Prozent gekürzt, und jeder Euro mehr um 14 Prozent. Die einbehaltenen Gelder werden für spezifische Förderprogramme der zweiten Säule (Ländliche Entwicklung) eingesetzt. Diese gestaffelte Modulation fällt durch die aktuelle EU-Agrarreform weg – insbesondere auch auf Drängen Berlins. Würde die heutige Modulation dagegen fortgeführt, würden die Direktzahlungen großer Betriebe dadurch also um bis zu fast 14 Prozent gekürzt und nicht nur um bis zu 6,9 Prozent für den nun beschlossenen Aufschlag. So gesehen gewinnen alle Betriebe durch die neue Aufschlags-Regelung. Zwar gewinnt ein 30-ha-Betrieb relativ am stärksten (+ 14 %) und der Vorteil schrumpft dann bis zu einer Betriebsgröße von 1.000 ha (+ 4 %). Doch ab da steigt der Vorteil (auf bis zu knapp 7 %) wieder an, weil sich ab dieser Betriebsgröße der Wegfall der heutigen zweiten Kürzungsstaffel ab 300.000 Euro auswirkt.

Korrekturen möglich

Viel Mathematik – das lässt sich auch anders ausdrücken: „Gemessen an dem, was die aktuelle EU-Agrarreform den Mitgliedstaaten an Umsteuerung zugunsten bäuerlicher Betriebe ermöglicht, ist die Einigung der Agrarministerkonferenz viel zu zaghaft“, kommentierte der AbL-Bundesvorsitzende Bernd Voß die Agrarministerkonferenz. „Hier muss in den nächsten Jahren kräftig nachgelegt werden. Der Aufschlag für die ersten Hektare kann nach EU-Recht jedes Jahr erhöht werden, das sollte genutzt werden“, so Voß.

Als eine „Fehlentscheidung“ bewertet Voß, dass es in Deutschland weiterhin keine Obergrenze und keine wirksame Kürzung bei Großbetrieben mit wenig Arbeitskräften geben soll. „Damit wird weiter unbegrenzt für jeden Hektar Fläche Prämie gezahlt, auch wenn ein Unternehmen mehrere Tausend Hektar bewirtschaftet und dafür Zahlungen in Millionenhöhe bekommt. Flächenstarke rationalisierte Ackerbaubetriebe kommen so ungerechnet auf Zahlungen von über 100.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr, während bäuerliche Betriebe nicht ein Zehntel davon erhalten. Das ist verrückt. Und es ist eine vergoldete Einladung an die Bodenspekulanten, denn die vom Steuerzahler finanzierten Zahlungen sichern ihnen die volle Rendite“, so Voß.

Ulrich Jasper

Minister-Konzept

Darauf hat sich die Agrarministerkonferenz geeinigt:

- Umschichtung in die 2. Säule: In den Jahren 2015 bis 2019 wird der Topf für Direktzahlungen um 4,5 % gekürzt (ca. 225 Mio. Euro/Jahr). Das Geld wird im jeweiligen Bundesland zweckgebunden für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, Ökolandbau, tiergerechte Haltung, benachteiligte Gebiete u.a. eingesetzt. Das erhöht die EU-Mittel der 2. Säule für die nächsten sieben Jahre um 14 %.
- Umschichtung von 6,9 % der Direktzahlungen (ca. 345 Mio. Euro/Jahr) für einen Aufschlag für die ersten Hektare (siehe Artikel): 50 Euro/ha für bis zu 30 ha, 30 Euro/ha für bis zu 16 weitere ha.
- Umschichtung von bis zu 2 % der Direktzahlungen für eine Zahlung für Junglandwirte (ab 2015): zusätzliche 50 Euro/ha für maximal 90 ha für Junglandwirte (bis 40 Jahre) maximal fünf Jahre.
- Bundesweite Angleichung der heute zwischen Regionen unterschiedlich hohen Zahlungen: Greeningprämie, Aufschlag und Junglandwirte-Zahlung werden sofort nach Einführung bundeseinheitlich berechnet. Die regionalen Basisprämien werden in drei gleichen Schritten in den Jahren 2017, 2018 und 2019 angeglichen. Abgeben müssen dadurch u.a. Niedersachsen und Bayern, es gewinnen u.a. Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen und Baden-Württemberg.
- Kleinerzeugerregelung: Betrieben (mit geringen Betriebsprämien) wird angeboten, sie bei Teilnahme an der Kleinerzeugerregelung von den Cross-Compliance- und Greening-Verpflichtungen auszunehmen. Die Förderhöhe eines Kleinbetriebs ist auf maximal 1.250 Euro Direktzahlungen pro Jahr begrenzt und entspricht bis zu dieser Grenze den sich aus der Betriebsfläche ergebenden Förderansprüchen des Betriebes im jeweiligen Jahr. In Deutschland gab es 2011 rund 75.000 Zahlungsempfänger (22 %) mit bis zu 1.250 Euro Direktzahlungen.
- Keine gekoppelten Zahlungen: Es wird keine an eine bestimmte Erzeugung gekoppelten Direktzahlungen geben (nur in der 2. Säule, dort aber verbunden mit den dort notwendigen Umwelt- oder Tierschutzanforderungen).
- Keine Ausgleichszulage aus Direktzahlungen, sondern weiterhin allein aus der 2. Säule.
- Die Verteilung der EU-Mittel für die 2. Säule (ELER) wird leicht korrigiert: Kein Bundesland erhält mehr weniger als umgerechnet 50 Euro pro ha Nutzfläche im Land. Dadurch gewinnen Nordrhein-Westfalen (+ 39 %), Schleswig-Holstein (+ 15 %) und Hessen (+ 7 %), abgeben müssen vor allem die ostdeutschen Bundesländer.
- Zur Umsetzung des Greenings in Deutschland gab es keine substanziellen Beschlüsse.

600 Biogasanlagen sind genug

Interview mit Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Schleswig-Holstein

Es gibt inzwischen über 600 Biogasanlagen in Schleswig-Holstein. Ist die Obergrenze erreicht?

Robert Habeck: Ja, vielleicht sogar überschritten. Und zwar sowohl hinsichtlich der landwirtschaftlichen Kaufpreise als auch hinsichtlich der ökologischen Konsequenzen.

Das klingt prekär. Können Sie denn als Landesminister diese Entwicklung überhaupt ändern?

Wie das dafür zuständige Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Zukunft ausgestaltet wird, liegt nicht in der Entscheidungsgewalt der Länder, sondern ist Bundessache. Unabhängig davon glaube ich jedoch, dass sich die Aufgaben von Biogasanlagen verändern werden. Es macht doch keinen Sinn, in Spitzenzeiten der Solar- und Windstromerzeugung zusätzlich noch Strom aus Biogasanlagen einzuspeisen. Stattdessen müssten die Betreiber in Zeiten, in denen kein Wind weht und keine Sonne scheint, einspringen und für die Stabilisierung der Netze sorgen und dafür entsprechend belohnt werden. Diese Forderung würde ich bei einer Novellierung des EEG mit Nachdruck von Kiel nach Berlin tragen.

Sie würden aber nicht bestehende Anlagen rückwirkend niedrigere Vergütungen aufbürden wollen?

Die bisherigen Anlagen haben Bestandschutz. Die Bedingungen, die bei Anschluss der Anlagen galten, gelten auch weiterhin. Allerdings: Man muss im Einzelfall durchaus mal prüfen, ob die Bedingungen noch eingehalten werden, etwa beim Landschaftspflegebonus.

Die Biogasbranche versucht, effizienter und nachhaltiger zu werden. Welche Hoffnung verbinden Sie damit?

Die Vergangenheit hat nicht besonders viele Hoffnungen geweckt, dass die Effizienz von Biogasanlagen tatsächlich steigt. Ich finde es aber richtig, wenn sich die Betreiber von Biogasanlagen der Nachhaltigkeits-Idee verpflichtet fühlen. Das beginnt schon bei der Fruchtfolge – nicht immer nur Mais auf Mais anbauen! Rüben sind eine Alternative, Klee gras eine ökologisch sinnvolle Variante. Außerdem braucht es Randstreifen, damit nicht hart an die Gewässer oder an die Knicks herangearbeitet wird. Überdies brauchen wir gute Wärmekonzepte. All das wäre wünschenswert.

Während viel Mais in die Gärbehälter gefahren wird, bleibt der Abfallstoff Gülle größtenteils energetisch ungenutzt.

Es gibt ja einen Bonus für die Vergärung von Gülle. Doch steckt in der Gülle nur wenig Energie, sodass sich damit alleine keine Anlage finanzieren lässt. Trotzdem: Die Gülle soll gerne in die Gärbehälter rein, es ist vernünftig, jeden energetischen Reststoff zu nutzen. Zumal die Geruchsbelästigung abnimmt, was beispielsweise für den Tourismus besser wäre. Dennoch wird die Vergärung der Gülle ehrlicherweise nicht den Energiepflanzenanbau deutlich verändern können.

Als Energiewendeminister ist es Ihr erklärtes Ziel, 100 Prozent erneuerbare Energien zu erreichen.

Ja. Bei Strom sind es 300 Prozent, und da sind wir jetzt schon bei 64 Prozent.

Wir haben die Windeignungsflächen verdoppelt. Zudem gibt es noch das Repowering, sodass wir auf der bestehenden Fläche bis Ende des Jahrzehnts ungefähr das Dreifache des Strombedarfs von Schleswig-Holstein erzeugen.

Wie groß soll der Anteil von Biogas sein? Dieser Anteil wird im Konzert der Erneuerbaren wesentlich abnehmen, da der Hauptanteil beim Zubau an installierter Leistung mit Windenergie stattfinden wird.

Obgleich Biogas bei der Wärmeversorgung in einigen Dörfern eine große Rolle spielt, verwerten viele Biogasanlagen die bei der Stromerzeugung anfallende Wärme nicht.

Ja, das ist so. Das ist extrem ärgerlich, weil wir mit dem EEG eigentlich den Klimawandel eindämmen wollen. Dass sich dann Biogasanlagen offensichtlich ohne Wärmenutzung rechnen, ist falsch. Aber da der ökonomische Druck durch höhere Preise für Mais zunimmt, werden die Biogasanlagenbetreiber zukünftig ein größeres Interesse haben, ihre Wärme zu verwerten. Jedoch gibt es eine Reihe von Anlagen, die weitab von Wärmeabnehmern liegen und ihre Wärme nicht loswerden.

Werden diese Anlagen nach Ablauf der zwanzigjährigen EEG-Vergütung stillgelegt werden?

Ja, das kann passieren. Aber bei Weitem nicht nur wegen der mangelnden Wärmeverwertung. Viel mehr fällt die Tatsache ins Gewicht, dass viele schleswig-holsteinische Betriebe ihre Substrate aus anderen Bundesländern oder sogar aus dem Ausland importieren. Das wird sich irgendwann nicht mehr rechnen. Deshalb halte ich es für politisch falsch, eine Förderung für die Wärmeverwertung aufzulegen, so dass sich Importe aus entfernten Regionen plötzlich wieder lohnen. Das wäre ökologisch in vielen Bereichen unvernünftig.

Apropos Ökologie. Wie sieht es mit Ökolandbau und Biogas aus?

Ich war gerade auf einem Demeter-Betrieb, der hat seine Felder über eine lange Zeit nicht gedüngt, aus Überzeugung, dass der Boden sich selbst trägt. Jetzt hat der Betrieb eine kleine Biogasanlage gebaut und düngt seine Felder gezielt mit Gärresten. Dadurch konnte er seinen Ertrag deutlich steigern und produziert überdies Energie. Des Weiteren hat er eine Windenergieanlage für den Eigenbedarf errichtet. Das passt also alles zueinander.

Das ist eine schöne Vorstellung: Biogas und Ökolandbau Hand in Hand. Sie streben 300 Prozent erneuerbaren Strom an, wie sieht es mit 100 Prozent Ökolandbau in Schleswig-Holstein aus?

100 Prozent ökologischer Landbau ist nicht vorstellbar. Wir haben derzeit 3,5 Prozent, wenn wir da noch etwas zulegen, wäre das gut. Ich habe als politisches Ziel sieben Prozent genannt. Dies wird aber sehr schwer zu erreichen sein. Der Ökolandbau ist eben nicht so produktiv wie die konventionelle Landwirtschaft. Deswegen müssen wir den Ökolandbau fördern und über Direktvermarktung eine gewisse Stabilität in die Betriebe reinbringen.

Was sagen Sie den Ökobetrieben, die mit den hohen Pachtpreisen nicht mehr mitkommen?

Nicht nur Ökobetriebe, sondern auch konventionelle Milchbetriebe und Höfe, die nicht größer als 100 Hektar sind, kennen diese extremen Probleme. Dagegen kann gesetzlich nur wenig gegensteuert werden. Jedoch haben wir die Landgesellschaft, die nicht nur als Vermittler, sondern auch als Makler operieren könnte. Das kann dann den Ökobetrieben vielleicht ein bisschen helfen, um an Flächen heranzukommen. Aber einen Königsweg gibt es da nicht.

Ist das EEG an diesem Punkt über das Ziel hinausgeschossen? Müssen nicht gerade die Grünen Fehler eingestehen?

Das EEG ist eine totale Erfolgsgeschichte. Jedoch ist im EEG der Nawaro-Bonus zu hoch ausgefallen, um einen ausgewogenen Mix der Bioenergien zu bekommen. Da schuf man eine Boom-Branche, die zu heiß gelaufen ist. Die Grünen waren diejenigen, die noch am ehesten gesagt haben, ihr müsst den Nawaro-Bonus für Mais regulieren, der Abstand darf nicht so groß sein. Mais muss eine geringere Vergütung bekommen. Insofern ist es ein Jein. Die ganze Politik hat das Problem nicht schnell genug analysiert. Immerhin ist mit dem zuletzt eingeführten „Maisdeckel“ ein politisches Signal gesetzt worden.

Dierk Jensen,
freier Journalist



Zur Sache bitte Herr Energieminister

Foto: Goes

Das Sicherheitsnetz reicht nicht aus

Aktuelle Vorschläge zur Milchmarktpolitik nach 2015

Braucht die europäische Milchpolitik ab 2015 angesichts der auslaufenden Milchquote und volatiler Preise zusätzliche Instrumente zur Absicherung der europäischen Milcherzeugung? Um Antworten auf diese Frage zu finden, hat die Europäische Kommission im September 2013 zur Milchkonferenz eingeladen. Das European Milk Board (EMB) und ein französischer Think Tank „Momagri“ haben, unabhängig voneinander, fast ähnliche Antworten entwickelt und diese zur Diskussion gestellt.

Verunsichert durch die Milchkrise 2008/2009, die anhaltenden Proteste der Milchbauern und die klaren Hinweise seitens des EU-Rechnungshofes, dass die Preisbildung am Milchmarkt erhebliche Defizite aufweisen würde und eine weitere Deregulierung des Milchmarktes zum Verlust der Milcherzeugung in benachteiligten und Bergregionen führen wird, hat die EU-Kommission das im Oktober 2012 in Kraft getretene Milchpaket verabschiedet und zugleich in Aussicht gestellt, dass die noch offenen Fragen hinsichtlich einer Milchpolitik nach 2015 gemeinsam geklärt werden sollen. Die EU-Kommission bekräftigt in ihrem zweiten Milchbericht Ende 2012 erneut ihre Einschätzung, es brauche nach 2015 keine weiteren Instrumente. Das sogenannte Sicherheitsnetz – gespannt aus sehr niedrig angesetztem Interventionspreis, Direktzahlungen aus der ersten Säule, ggf. einer Risikoversicherung (aus der zweiten Säule) sowie die im Notfall einzusetzenden Interventionsaufkäufe von Butter und Magermilchpulver, ge-

paart mit wieder aktivierbaren Exportsubventionen (beide Instrumente sind derzeit nur ausgesetzt, aber nicht abgeschafft) würden zwar nicht ausreichen, um die Milcherzeugung Europas vor den unberechenbaren, volatilen Preisen des Weltmarktes zu schützen – aber die damit verbundenen Einkommensrisiken ausreichend abzufedern.

Preiskorridor für Schwankungen

Im Frühjahr 2013 brachte das EU-Parlament im Rahmen der Auseinandersetzung um die Agrarreform den Vorschlag eines freiwilligen Lieferverzichts gegen Entschädigung ins Spiel. Auf Basis von Artikel 186 der Gemeinsamen Marktordnung („Störungsklausel“) sollte zur Krisenintervention ein freiwilliger Lieferverzicht eingeführt werden. Gegen Entschädigung, sollten bis zu fünf Prozent der Milcherzeugungsmenge, zeitlich befristet und auf betriebliche Teilmengen bezogen, aus dem Markt genommen werden können. Anders als bei einer Preisstabilisierung über die Intervention (wie sie auch während der Milchkrise eingesetzt worden war) entstehen keine Übermengen an Milchprodukten, die zu einem späteren Zeitpunkt auf dem Weltmarkt verkauft werden müssen und dort erneut die Preise unter Druck setzen (wie nach der Milchkrise 2009 geschehen). Auf der EU-Milchkonferenz im September 2013 stellte das EMB sein bereits während der Milchkrise entwickeltes Modell der Monitoring Agency vor. Mit Hilfe dieser europäischen Agentur (die per EU-Verordnung Allgemeinverbind-

lichkeit für alle Milcherzeuger hat) können die europäischen Milcherzeuger in Eigenverantwortung ihr Milchangebot entsprechend den Markterfordernissen anpassen, um auf diese Weise die Preise nicht nur zu stabilisieren, sondern auch auf ein (durchschnittlich) kostendeckendes Niveau zu bringen. Dazu wird ein europaweit verbindliches Mengenregulierungssystem mit einzelbetrieblichen Lieferrechten auf Basis der bestehenden Milchmengenverteilung eingeführt. Zentrale Instrumente sind: (a) eine kontinuierliche und europaweite Preis- (und Kostenbeobachtung), (b) die Festsetzung eines Preiskorridors innerhalb dessen die Milcherzeugerpreise schwanken dürfen und (c) die Vergabe/der Entzug von Lieferrechten (in Höhe von drei bis fünf Prozent der Basismenge), wenn der Milcherzeugerpreis diesen Korridor nach oben oder nach unten zu verlassen droht. Weitere Punkte sind (d) eine freiwillige und zeitlich befristete Teilmengenstilllegung gegen Vergütung sowie (e) die Aufrechterhaltung einer strategischen Lagerhaltung für den kurzfristigen Ausgleich von Unter- und Überlieferungen. Anders als der vom EU-Parlament vorgeschlagene Lieferverzicht, setzt die Monitoring Agency auf eine flexible Angebotsregulierung und nicht auf Krisenintervention. Damit dieses Modell funktioniert, muss die Monitoring Agency via Verordnung staatliche Durchsetzungsmacht verliehen bekommen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass der bestehende Außenschutz der EU erhalten bleibt.

Mythos selbstregulierender Markt

Mit einem Preiskorridor arbeitet auch das Modell des von französischen Ökonomen gegründeten Think Tanks Momagri. Die Preisbildung auf den Märkten, so der Ausgangspunkt von Momagri, wird vor allem durch Risiken, Unsicherheit und den darauf begründeten Einschätzungen und finanziellen Transaktionen vieler, zwischen Produzenten und Konsumenten geschalteten, Akteuren geformt. Zusätzlich haben Ernteschwankungen als Folge von Naturkatastrophen, Kriege etc. destabilisierende Wirkung. Die Vorstellung eines sich selbst regelnden Marktes mit stabilen Preisen sei deshalb ein Mythos. Die Preise blieben systemimmanent stark schwankend und jede weitere Marktliberalisierung würde diese Risiken verstärken. So dürfe man die Preisbildung nicht den Agrarexporteurern und den Spekulanten allein überlassen. Stattdessen müsse die europäische Agrarpolitik die Einkommen der Produzenten stabilisieren, was wiederum die Grundlage für

Investitionen und Innovation sowie die Effizienz der gesamten Wertschöpfungskette verbessern würde. Diese Stabilisierung könne besser und mit, langfristig gesehen, geringeren Haushaltskosten erfolgen, wenn die öffentliche Hilfe in Abhängigkeit von den Durchschnitts-Erzeugerpreisen gegeben würde. Ihr Modell sieht vor, einen mittleren Preiskorridor festzulegen. Verlässt der Erzeugerpreis für Milch/Getreide diesen Korridor nach unten, werden – antizyklisch – Ausgleichszahlungen freigegeben. An der Basis stehen Aufkäufe zur Lagerhaltung (Intervention). Verlassen die Preise jedoch den Preiskorridor nach oben, werden die Interventionsbestände so lange auf den Markt gegeben (und damit Einnahmen getätigt), bis der Preis sich wieder in den Korridor hineinbewegt. Bei sehr hohem Preisniveau wird eine Milchsteuer/-abgabe (zur finanziellen Solidarität) eingezogen. Wären die Instrumente in den vergangenen Jahren (2006 bis 2012) entsprechend der tatsächlichen Preisentwicklung flexibel eingesetzt worden, wären – so die Modellrechnung von Momagri, nur Kosten in Höhe von 4,9 Mrd. Euro entstanden und nicht, wie tatsächlich, 8,2 Mrd. Euro.

Fazit: Im Gegensatz zum Sicherheitsnetz, das die Milchkrise nicht verhindern konnte, und dem freiwilligen Lieferverzicht, der nur in Krisensituationen eingesetzt werden kann, bieten die Modelle von EMB und Momagri eine Antwort, wie auf die bestehenden Marktsituationen schnell und flexibel reagiert werden kann. Ihre Etablierung fordert jedoch mehr Mut von der Politik, wieder gestaltend Regeln zu setzen, um die Einkommen der Bauern so zu stabilisieren, dass eine bäuerliche Landwirtschaft nicht zum europäischen Auslaufmodell verkommt.

Andrea Fink-Kessler,

Büro für Agrar- u. Regionalentwicklung



Angebotsverknappung zur Preissicherung - Milchstreik 2008

Foto: Nürnberger

Anmerkungen

- EU-KOM (2012) 741: Evaluation of the market situation and the consequent conditions for smooth phasing-out the milk quota system – second “soft landing” report, Brüssel
- Präsentationen der EU-Milk-Conference auf http://ec.europa.eu/agriculture/events/dairy-conference-2013_en.htm
- Momagri bedeutet „Mouvement pour une organisation mondiale de l’agriculture“ Bewegung für eine Weltagrarorganisation und wurde 2005 gegründet mit dem Ziel, sich der anstehenden globalen Agrarfragen anzunehmen. Siehe genauer: <http://www.momagri.org/>

Kommt mit euren Treckern!

Auf zur „Wir haben es satt!“-Demonstration nach Berlin

Am 18. Januar 2014 findet in Berlin zum vierten Mal die bundesweite „Wir haben es satt!“-Demonstration unter dem Motto „Wir haben Agrarindustrie satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Für Alle!“ statt. Start der Auftaktkundgebung ist um 11 Uhr auf dem Potsdamer Platz in Berlin.

Die Folgen der agrarindustriellen Massenproduktion für Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherinnen und Verbraucher, Tiere und Umwelt sind weltweit weiterhin dramatisch. Deswegen fordern wir von der neuen Bundesregierung erneut, sich für eine gerechte und global verantwortliche

Agrarpolitik einzusetzen. Seid dabei, wenn wir für eine bäuerliche Landwirtschaft auf die Straße gehen: für faire Preise und Marktregeln für Bauern, für den Zugang zu Land weltweit, für eine artgerechte Tierhaltung ohne Antibiotika-Missbrauch und die Förderung regionaler Futtermittelherzeugung, für das Recht auf Nahrung weltweit, für gesundes und bezahlbares Essen, für die Saatgutvielfalt und eine bienen- und umweltfreundliche Landwirtschaft.

*Iris Kiefer, Meine Landwirtschaft
Infos: www.meine-landwirtschaft.de*

Kurzes am Rande

Smart Stax ist nicht smart

Anfang November wurde der gentechnisch veränderte Monsanto-Mais „Smart Stax“ von der EU-Kommission zum Import für die Verarbeitung zu Lebens- und Futtermitteln zugelassen. Smart Stax (abgewandelt aus dem Englischen: intelligenter Stapel) hat insgesamt acht verschiedene neue Eigenschaften. Er produziert sechs Insektengifte und ist gleichzeitig resistent gegen zwei verschiedene Wirkstoffe (Glyphosat und Glufosinat) von Unkrautvernichtungsmitteln. Die Organisation Testbiotech bezeichnete Smart Stax als „Giftcocktail“. Eine unabhängige Risikoprüfung der kombinierten Eigenschaften des GV-Mais sowie Rückständen der Herbizide auf die menschliche Gesundheit oder bei Nutztieren habe nicht stattgefunden. Auch sei unklar, welche Auswirkungen das Einbringen von acht Fremdgenen auf das Genom und damit die Stoffwechselproduktion der Pflanze habe. Derzeit sind 49 GV-Pflanzen zum Import (nicht Anbau) als Lebens- und Futtermittel in die EU zugelassen. av

Glyphosat-Verbot vor Ernte und in Gärten

Mit einer Mehrheit der Bundesländer verabschiedete der Bundesrat Mitte November eine Entschliebung, Glyphosat-Anwendungen kurz vor der Ernte und in Hausgärten zu verbieten. Dies umzusetzen wurde die Bundesregierung aufgefordert. Initiator war Baden-Württemberg. Dessen Verbrauchermister Alexander Bonde kommentierte: „Die regelmäßige Anwendung von Glyphosat zur Sikkation entspricht nicht der guten fachlichen Praxis.“ Der Absatz des Wirkstoffs Glyphosat in Deutschland betrug laut Bundesregierung im Jahr 2012 fast 5.981 Tonnen reine Wirkstoffmenge. Das ist ein Anstieg um rund 10 % gegenüber 2011 (5.359 Tonnen). Parallel dazu hat die Umweltministerkonferenz (UMK) eine umfassende Prüfung der Wirkungen glyphosathaltiger Mittel und deren Neubewertung bis zur Frühjahrs-UMK gefordert. Zudem wird Glyphosat gerade im Auftrag der EU-Kommission einer neuen Risikobewertung unterzogen. Berichterstatte ist Deutschland, deshalb kommt den Bundesbehörden (BVL, BfR u.a.) eine besondere Bedeutung zu. Bereits im Sommer hatte der österreichische Nationalrat ein sofortiges Verbot von Glyphosat zur Behandlung von landwirtschaftlichen Kulturen zur Reifebeschleunigung vor der Ernte beschlossen. av

Konzerngesteuerte Initiative beenden

Entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen im Forum Umwelt und Entwicklung forderten erneut das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf, die German Food Partnership mit großen deutschen Konzernen des Agribusiness und der Ernährungsindustrie zu beenden. Mit dem Ausscheiden von Dirk Niebel (FDP) als Minister müsse die als „Entwicklungspolitik im Dienst deutscher Konzerne“ kritisierte Initiative ein Ende haben, so ein entsprechendes Positionspapier. „Die Bundesregierung bedient mit der German Food Partnership unter dem Deckmantel der Hunger- und Armutsbekämpfung einseitig die Wirtschaftsinteressen deutscher und europäischer Agrar- und Ernährungskonzerne wie BASF, Bayer Crop Science oder Syngenta“, sagt Jan Urhahn, Landwirtschaftsexperte des entwicklungspolitischen INKOTA-netzwerks. „Diese Initiative hat mit ernstgemeinter Entwicklungszusammenarbeit nichts zu tun und gehört auf das Abstellgleis der Geschichte.“ „Das von der GFP vertretene Agrarmodell ist für uns nicht konsensfähig“, so Stig Tanzmann, Agrarexperte von Brot für die Welt. „Der starke Einfluss von Bayer und BASF in der GFP, zeigt wo die Reise hingehen wird: Mehr Einsatz von Agrarchemie, anstatt endlich die Erkenntnisse des Weltagrarberichts umzusetzen. Der von der GFP eingeschlagene Weg ist nicht nachhaltig und darf nicht weiter gegangen werden.“ cs



Die Zukunft beginnt schon jetzt. Sei dabei!

Foto: Nürnberger

Frankreichs Land sieht rot

Proteste im Ländlichen Raum gegen höhere Lasten

In der Bretagne, eine der Tierhaltungsintensivregionen Frankreichs, weniger auch in anderen Landesteilen, kommt es derzeit zu Demonstrationen und Protesten. Auch die Bauernorganisation Confederation Paysanne beteiligte sich zum Teil. Auslöser ist zu einen die geplante und nun aufgrund der Proteste auch sogleich auf 2015 verschobene Ökosteuer auf umweltschädliche LKW-Transporte. Der Unmut der zumeist ländlichen Bevölkerung geht aber tiefer. Gefürchtet wird ein Abge-

hängenwerden des ländlichen Raums durch ungerechte Lastenverteilung, aber auch durch die geplanten Schließungen von Schlacht- und Lebensmittelverarbeitungsstätten und damit der drohende Verlust tausender Arbeitsplätze. Und schließlich richten sich die Proteste auch gegen zu wenig Unterstützung der Regierung Hollande für eine krisengeschüttelte Landwirtschaft. Zum Symbol wurde, was schon die Bauern im 17. Jahrhundert als Protestzeichen trugen – die rote Zipfelmütze. cs

Bäuerliches Memorandum an die EKD-Synode

Auf der Synode der evangelischen Kirche in Düsseldorf zum Thema Welternährung hat eine Initiative von Bauern und Bäuerinnen sowie landwirtschafts- und entwicklungspolitisch interessierten Menschen den Kirchenvertretern ein Memorandum vorgestellt. Sie warnen vor einem Missbrauch des Hungers für eigennützige Zwecke durch die Agrarlobby. Mitinitiatorin Isabella Hirsch von der AbL-Mittelfranken betonte bei der Vorstellung, wie wichtig die Welternährungsthematik gerade auch für landwirtschaftliche Kreise in Europa ist. Der internationale Konkurrenzkampf um Land, die exzessiven Spekulationen an den Börsen und die Monopolisierung des Saatguts bereiten Bauern überall auf der Welt Probleme. cs

Bodenpolitik und Kampf gegen Agrarindustrie

Der Landesverband der AbL in Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg ist weiter aktiv für eine gerechte Bodenpolitik und gegen die Agrarindustrie. „Mit der Forderung an die Landesregierungen, dass die rechtlich gescheiterten LPG-Umwandlungen erneut bearbeitet und die Direktzahlungen aus Brüssel bei den betroffenen Betrieben überprüft werden müssen, haben wir in ein politisches Wespennest gestochen und auch die Debatte um Boden wieder angekurbelt,“ so Bauer Helmut Precht, AbL-Sprecher aus Mecklenburg-Vorpommern, am Rande der AbL-Landesversammlung. Nach schriftlicher Aufforderung des AbL-Bundesvorstands befassen sich die Landesrechnungshöfe sowie das Justizministerium in Brandenburg damit. Auf der Landesversammlung waren sich die Teilnehmer einig, dass auch die Aktionen gegen industrielle Mastanlagen aktiv unterstützt werden müssen, weil sie „Totengräber“ einer bäuerlichen Landwirtschaft seien. Auf der AbL-Versammlung wurden als neue Sprecher gewählt: Franz-Jochim Bienstein, Helmut Precht (Mecklenburg-Vorpommern) sowie Frank van der Hulst, Janusz Hradetzky, Jochen Fritz (Brandenburg). *gj*

Bündnis Agrarwende gegründet

Mehr als 150 VertreterInnen von über 30 Verbänden, Organisationen und Bürgerinitiativen sind am 9. November 2013 in Potsdam zusammengekommen, um das „Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg“ zu gründen. Auch die AbL ist Gründungsmitglied, ebenso das „Bündnis Junge Landwirtschaft“. Michael Wimmer, Sprecher des Aktionsbündnisses, nannte als Schwerpunkte der Arbeit u.a. den Kampf gegen die Welle von Bauvorhaben für industrielle Mastanlagen und die Landvergabe. Als Aktionen steht die starke Beteiligung an der „Wir haben es satt“-Demonstration am 18. Januar 2014 in Berlin und die kritische Begleitung der Bundesländer-Agrarministerkonferenzen. Forderungen im Vorfeld der Landtagswahlen (2014) sind u.a. die Förderung bäuerlicher Strukturen und des bäuerlichen Nachwuchses, der Stopp von Landgrabbing und die Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft. *gj*
Weitere Informationen unter: www.agrarwende.de

Rukwied auf Sonnleitner-Spuren

In der Nachfolge des Ex-DBV-Präsidenten und Multifunktions-Gerd Sonnleitner sammelt derzeit auch Nachfolger Joachim Rukwied lukrative Posten: Als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Landwirtschaftlichen Rentenbank dürfte er vermutlich etwa soviel Vergütung bekommen wie sein Vorgänger Sonnleitner (2012: 44.000 Euro). Unbekannt ist uns, wie hoch seine Vergütung an der Spitze der agrarindustriell geprägten „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL) ist, einer PR-Organisation unter maßgeblichem Einfluss von Agrarchemie-, Gentechnik-, Futtermittel- und Fleischkonzernen bzw. -verbänden, mit Geschäftsführung aus der Agrarchemie-Branche. *en*

Bürgerentscheid gegen Großschlachthof

Im oldenburgischen Ahlhorn, im Herzen der Agrarindustrie, haben die Einwohner gemeinsam mit der Bürgerinitiative MUT und dem Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ bei einem Bürgerentscheid mit einer Mehrheit 56 zu 44 und einer hohen Beteiligung von 63 % einen geplanten Großschlachthof der Firma Kreienkamp vorerst verhindert. *en*

MON810-Pollen nun Lebensmittel

Auf Grundlage eines Gutachtens der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA hat die EU-Kommission den Pollen der gentechnisch veränderten (GV) Mais Linie MON810 als Lebensmittel autorisiert. Bislang hatte dieser keine Lebensmittelzulassung. Deshalb urteilte der Europäische Gerichtshof 2011, dass Honig, der MON810-Pollen enthält, nicht in Verkehr gebracht werden durfte. Wichtig war diese Feststellung für eine gerichtliche Auseinandersetzung in Deutschland, in der es um den Schutz von Honig vor Verunreinigungen geht: Der Imker Karl-Heinz Bablok musste 2008 seine gesamte Honigernte entsorgen, da sie MON810-Pollen enthielt. Imker-, Bauern-, Umwelt- und Verbraucherorganisationen wollen anhand seines Falles eine Grundsatzentscheidung erreichen: Landwirte, die GV-Mais anbauen, sollen mehrere Kilometer Abstand zu Bienenständen halten müssen. *cw*
Nähere Infos unter: www.bienen-gentechnik.de.

Kurzes am Rande

Schwerer Stand der Leguminosen

Konzerne verdienen kaum an Leguminosen

Wer in Schleswig-Holstein, und bestimmt auch in anderen Bundesländern, in den vergangenen Jahren noch auf einschlägigen Bauernveranstaltungen die Vorzüge der Leguminosen hervorheben wollte, der musste damit rechnen, ausgebuht zu werden oder zumindest in müde lächelnde Gesichter zu blicken. Das war noch die Zeit, als Dr. Wolfgang Saueremann, Eiweißexperte in der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Daten gesammelt hat wie: pro Hektar Körnerleguminosen können 200 Liter fossile Energieträger gespart werden oder der zunehmende Druck des Ackerfuchsschwanzes kann durch Leguminosen in der Fruchtfolge gelindert werden. Aber keiner wollte es so richtig hören. Umso mehr freut Dr. Saueremann sich, dass er in diesem Jahr schon mehrmals eingeladen wurde, um über Leguminosen zu referieren, so auch bei der Abendveranstaltung der AbL Schleswig-Holstein zum Thema: „Leguminosenanbau und Eiweißstrategie für Schleswig-Holstein“ in Jevenstedt mit 70 Gästen.

Nach der Präsentation über die diversen Vorteile der Leguminosen bemerkte Dr. Saueremann, dass der Handel nicht in der Lage sei, ein Silo für Körnerleguminosen freizumachen. Er wüsste auch von Bauern, deren Händler ihnen sagten: „Saatgut verkaufe ich Dir gerne, aber die Ernte nehme ich Dir nicht ab.“ Die Preise für Leguminosen, die am Markt gehandelt würden, seien deutlich unter denen der Futter-Vergleichswerte und Dr. Saueremann bezeichnet diese als „Abwehrpreise“, weil unter anderem auch der Düng- und Pflanzenschutzmittelabsatz durch Leguminosen

gemindert werden könne und damit der Verdienst für die entsprechende Industrie. Christoph Dahmann, AbL-Experte und Projektleiter „Vom Acker in den Futtertrog – Zukunftsweisende Eiweißfuttermittelsorgung in NRW“, skizzierte in seinem Vortrag die enormen Importe von Soja und die Auswirkungen in den Anbauländern: „Der vermehrte Sojaanbau führt zu einer Landnutzungsänderung und auch der Spritzmitteleinsatz ist dadurch gestiegen.“ Durch den Import von Soja würde Stickstoff importiert, so Dahmann weiter. Das führe in viehdichten Regionen in Deutschland wiederum zu Nährstoffüberschüssen und zum so genannten Gülletourismus. AbL-Bundesvorsitzender Bernd Voß leitete die anschließende Diskussion und stellte die AbL-Forderungen vor. Einerseits müssen die Leguminosen Bestandteil der ökologischen Vorrangfläche werden und andererseits könne durch einen hohen Umschichtungssatz von der Ersten in die Zweite Säule Geld für entsprechende Förderungen sichergestellt werden.

AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen hat in seiner Vorstellung der aktuellen AbL-Arbeit noch mal deutlich gemacht: „Wenn es die AbL nicht gäbe, würde keine Partei, egal welcher Farbe, heute das bäuerliche Konzept in ihrem Programm stehen haben.“ Es brauche den Druck von unten, damit sich in der Politik etwas bewege. Deswegen motivierte Janßen, am 18. Januar an der bundesweiten Agrardemo „Wir haben es satt“ in Berlin teilzunehmen. Im Anschluss stellte sich der schleswig-holsteinische Sprecherrat der AbL vor, vertreten durch Andrea Kraus, Jan Wendel, Lars Hadenfeld und Florian Gleißner.

Berit Thomsen



Zarte Blätter, zarte Ranken der Leguminosen

Foto:Stephan/BLE

Betriebsspiegel:

Bio Milchviehbetrieb, Armin und Waltraud, Ramona und Martin mit Johanna und Thomas, 25 Kühe mit Nachzucht, 27 ha Dauergrünland im Ostallgäu

Wie die Zeit vergeht. Am Wochenende war das Milchbäuerinnentreffen des BDM in Bad Hersfeld. Die Woche davor hatte ich noch gewaltig Husten, habe mich beim Stallputzen erkältet. Erst am Donnerstag ist ganz klar, dass ich mitfahren kann. Die Organisation der Reise war nicht ganz einfach, da lei-

der aus dem Ostallgäu niemand mitgefahren ist. Nach ein paar Telefonaten war aber alles klar. Gegen sechs Uhr abends sind wir auf Schloss Buchenau angekommen. Nach dem Abendessen hatten wir sofort volles Programm. Wir wurden ausführlich über das neue Vermarktungskonzept der „Fairen Milch“ informiert. Am nächsten Tag hatten die Bäuerinnen aus dem ganzen Bundesgebiet die Auswahl, an einem Seminar in Rhetorik und Selbstbehauptung teilzunehmen oder sich einer kleinen Gruppe anzuschließen, die sich im

Kabarett üben wollte. Das Rhetorik Seminar war ein voller Erfolg. Herr Thomas Ulrich unterrichtete die Frauen mit sehr viel Humor und Wissen. Beim Kabarett stellte sich schnell heraus, dass keine verborgenen Talente unter uns schlummern, macht aber nix. Ich bot den Frauen dafür einen Homöopathie Kurs an, der sehr gerne angenommen wurde, aber erst abends stattfinden sollte, damit alle daran teilnehmen konnten. Also haben wir uns nach dem Kaffee der alternativen Heilmethoden im Kuhstall gewidmet, um

dann nach dem Abendessen über alles was den BDM anbelangt zu diskutieren. Es war eine tolle und sehr ergiebige Diskussion. Am Sonntag nach dem Frühstück ging es dann weiter, denn mittags kam Romuald Schaber mit seiner Frau Hanni und wollte unsere Fragen beantworten und unsere Meinungen hören. Die Bäuerinnen sprachen sich eindeutig dafür aus, dass das Agrarbündnis weiter unterstützt werden soll. Viele Teilnehmerinnen sind auch Mitglied der Abl. Nach dem Mittagessen löste sich die Gruppe langsam auf und wir sind uns einig, dass es auch ein 3. Milchbäuerinnentreffen geben wird. Das nächste Mal mit Dialektkurs, denn da liegt noch manches im Argen. Wenn ich heute das Treffen kurz zusammenfassen soll, dann muss ich sagen: Wir haben viel gelacht, manchmal geweint, Missverständnisse aufgeklärt, Zukunft geplant, sind zusammengewachsen und es war einfach nur toll.

Waltraud Högner

Schon wieder Mittwoch

Im Oktober beendete ich erfolgreich mein Studium der Landwirtschaft in Osnabrück. Mit der Anmeldung meiner Bachelorarbeit konkretisierten sich auch die Überlegungen zu meiner beruflichen Zukunft. Entgegen der langläufigen Erwartung vieler, insbesondere älterer Dorfmitbewohner, wollte und will ich den elterlichen Betrieb nicht sofort übernehmen. So muss ich immer erklären, dass mein Vater zusammen mit den Lehrlingen sowie den Altenteilern ein gutes Team bilden und diese „Harmonie“ durch meinen Einstieg gestört werden könnte. Mit 57 Jahren ist mein Vater noch nicht wirklich im Rentenalter und mein Opa sagt mit seinen 86 Jahren, bevor er zum Pflügen oder Güllefahren fährt, immer wieder: „Die Alten müssen zuerst verbraucht werden.“ Unnötig zu erwähnen, dass Opa diesen Spruch seit 15 Jahren bringt, die Verbrauchsspuren seinerseits sich jedoch, zum Glück, in Grenzen halten. Seine 35 Mastschweine betreut er mit derselben Sorgfalt wie immer, und nach Einführung der Güteklasse S als beste Klassifizierung, ist er immer stolz, wenn von 16 oder 18 verkauften Schweinen alle in den Klassen E und S bewertet wurden und keines in U oder schlechter. Oma freut sich dann immer mit ihm und bestätigt, dass die Leidenschaft am Bauer sein nicht vom Alter abhängt, solange die Freude an der Arbeit da ist.

Diese Umstände und die Aussicht auf ein außerlandwirtschaftliches Einkommen ließen in mir den Entschluss reifen, meine beruflichen Ziele für die nächsten Jahre außerhalb des Betriebes zu suchen. Die Alternative ist also ein Job im vor-oder nachgelagerten Bereich.



Was machst du denn jetzt?

Nach der Abgabe meiner Bachelorarbeit verstärkte sich nach und nach das Informationsbedürfnis von Freunden und Bekannten. „Was machst du denn jetzt?“, „Wo hast du dich beworben?“, „Hast du dich schon mal da oder da informiert?“ Wenn an einem Abend gefühlte einhundert Mal die gleiche Frage gestellt wird, möchte ich am liebsten sagen: „Nichts. - Geht dich nichts an. - Nein - kümmer dich um deinen Sch...!“ Weil sich das auf dem Dorf aber nicht gehört und ich im Grunde ein netter Mensch bin, sage ich: „Ich habe mich auf mehrere Stellen beworben – zu den laufenden Bewerbungen möchte ich noch nichts sagen – ich werde mir das mal ansehen – danke der Nachfrage!“ Mein Ziel ist es eine Stelle zu finden, die mir Spaß macht, bei der ich

meine Begabungen und Kompetenzen einsetzen kann und die mir trotzdem noch Zeit lässt für meine Frau sowie meine Familie und Freunde und bei Bedarf für unseren Hof. Spätestens wenn Ann-Kathrin und ich dann in der „Heimat“ wohnen, kann ich auch hoffentlich die Neugierde der Neugierigen befriedigen und sagen, was ich denn so beruflich mache. Sollten - in ferner Zukunft – meine Oma und mein Opa sich aus der aktiven Arbeit auf dem Hof zurückziehen und die Auswirkungen des wahrscheinlichen Quotenausstiegs klar werden sowie die Pachtpreise sich passend zu den Erlösen entwickeln, fällt die Entscheidung der Betriebsübernahme. Hauptwerb oder Nebenerwerb, konventionell oder biologisch - das sind die Fragen, die diskutiert werden müs-

sen.

Bis dahin kann ich nur sagen: „Ich habe mich auf mehrere Stellen beworben – zu den laufenden Bewerbungen möchte ich noch nichts sagen – ich werde mir das mal ansehen – ob ich den Betrieb übernehme entscheide ich, wenn es soweit ist – danke der Nachfrage!“

Jörn Manke

Betriebsspiegel:

50 ha Acker
110 ha Grünland
100 Milchkühe + weibliche Nachzucht
35 Mastschweine (Opa)
25 Legehennen (Oma)

Gemeinsam heilen helfen

Wie wichtig es ist auch bei Gesundheitsproblemen im Stall gemeinsam Interessen zu vertreten

Die heimtückische Rinderkrankheit chronischer Botulismus als Mosaikbild, in das die Leipziger Mikrobiologieprofessorin Monika Krüger Steinchen für Steinchen einsetzte und betroffene Bauern, die für einen sehr emotionalen Rahmen drum herum sorgten, machten die Wintertagung der AbL-Niedersachsen zu einer höchst spannenden Veranstaltung. Zumal auch mit dem zweiten Themenbereich, die Sanierung von IBR/BHV1 mit ihren für manche Bauern und Bäuerinnen unverständlich starken Restriktionen, dargestellt vom Veterinärmediziner Matthias Link, ein weiteres heißes Eisen für viele Milchbauern und -bäuerinnen auf der Tagesordnung stand. So unterschiedlich die beiden Bereiche auf den ersten Blick sein mögen, so offensichtlich wurde doch, wie kontraproduktiv doch oft eines ist – Schweigen. Aus Scham oder Angst oder weil manch einer glaube der Nachbar warte

doch nur drauf, dass man endlich aufgebe, vermeiden viele Bäuerinnen und Bauern offene Gespräche über Gesundheitsprobleme im Stall mit Berufskollegen, aber auch mit Freunden, Beratern oder anderen Experten. Beim chronischen Botulismus führte auch das dazu, dass es nach wie vor viele offene Fragen gibt und Wissenschaftler und Behörden skeptisch sind, wenn es darum geht, eine eigenständige Krankheit, gar eine Seuche, anzuerkennen und nicht länger nur von „Einzelfällen“ zu sprechen. Eine, die als eine der ersten Wissenschaftlerinnen von einem „seuchenhaften Geschehen“ gesprochen hat und dafür und für ihre weiteren Veröffentlichungen immer viel Kritik von offizieller Seite einstecken musste, ist die Leipziger Mikrobiologin Monika Krüger. Interessenlagen der Politik und der Tierseuchenkasse, die keine neue Tierseuche will, weil sie Geld kostet und Verbrau-

cher verunsichert, haben sie bislang nicht davon abgehalten nach den Gründen zu suchen, warum in einem Milchviehbetrieb massenhaft Kühe und Kälber verenden und beim Nachbarn nicht. Sie kommt zu der Erkenntnis, dass es des Zusammenspiels verschiedener Faktoren bedarf, um die furchtbaren Szenarien entstehen zu lassen von denen die betroffenen Bauern Niels Bratrachovsky und Klaus Wohldmann berichteten. Natürlich müssen die Tiere mit dem Bakterium *Clostridium botulinum* in Kontakt, in ihrem Darm die Toxinproduktion in Gang kommen, aber offenbar bedarf es eben auch einer gleichzeitigen Schwächung des körpereigenen Immunsystems. Monika Krüger führt hier einen Indizienprozess gegen den Pestizidwirkstoff Glyphosat, der nachweislich positiv wirkende Gegenspieler der Clostridien im Darm schwächt, nicht aber selber. Auch verschont werden Fusari-

enpilze, die ebenfalls schädliche Toxine bilden. Gleichzeitig bindet Glyphosat lebens- und damit auch für die Immunabwehr wichtige Spurenelemente in den Pflanzen, sodass sie den Tieren über das Futter nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können. Sowieso schon empfindlichere Hochleistungstiere, zusätzlich beeinträchtigt durch einen maßgeblich im Kraftfutter steckenden Pestizidwirkstoff, verbunden mit größerer Anreicherung und Verbreitung der Sporen des *Clostridium botulinum* durch Biogasanlagengärreste, Gülletransporte und Silagefütterung in unserer Umwelt bilden ein Mosaik, an deren Ende sogar Menschen krank werden können. Für eine Anerkennung dieses Szenarios streiten nun schon seit Jahren Bauern und Bäuerinnen, die zum Teil ihre Existenzen verloren haben, hartnäckig aber auch erst, seit sie den Mut aufgebracht haben, sich auszutauschen und ihre Interessen gemeinsam zu vertreten.



Aus vielen kleinen Steinen setzt Monika Krüger das Bild Botulismus zusammen

Foto: Steenken

Politik vierbeinig

Auch im Fall des Umgangs mit der Viruskrankheit des Herpeserregers IBR/IPV/BHV1 spielen interessenspolitische (Handels-)Gründe eine erhebliche Rolle. Aufgrund befürchteter Probleme beim Zuchttierhandel wurde bereits vor 25 Jahren beschlossen, in Niedersachsen einen aufwendigen Sanierungsplan für die Virusbekämpfung zu verfolgen, an dessen Ende die Virusfreiheit stehen soll. Veterinärmediziner Matthias Link, hier als Vorsitzender des Ausschusses für Tierseuchen der niedersächsischen Tierärztekammer, stellte dar, dass man nun im Sanierungsplan einen Zustand erreicht habe, in dem nur noch die letzten fünf Prozent der Betriebe fehlten. Gerade die seien es aber, die durch ihre Beratungsresistenz den Gesamterfolg, die offizielle Anerkennung eines BHV-freien Zustandes und damit dem Ende des Handelsverbotes mit bereits freien Ländern für Niedersachsen in Frage stellten, so Link. Und schließlich gehe es auch darum, dass bisher Millionen Euro in das Programm geflossen seien, die dann umsonst ausgegeben wurden, wenn man nun nicht „die Daumenschrauben anziehe“. Nur deshalb gebe es endgültige Deadlines für die Merzung letzter Tiere und ein Weideaustriebsverbot in 2015. Das es dabei zu einzelnen unverschuldeten Härtefällen kommen könne ist Link bewusst, und dafür fordert er Entschädigungsmöglichkeiten von der Tierseuchenkasse. Auch hier müssen sich Bauern und Bäuerinnen austauschen und ihre Interessen gebündelt vertreten. cs

Artgerechte Tierhaltung hilft beim Antibiotika-Abbau

Laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ging der Antibiotika-Verbrauch in der deutschen Tierhaltung 2012 im Vergleich zu 2011 nur um 87 Tonnen auf 1.619 Tonnen zurück. Bei der Wirkstoffklasse der Fluorchinolone, deren Einsatz in Ställen kritisch gesehen wird, wurde aber eine Zunahme um zwei auf zehn Tonnen registriert. Diese Stoffe dienen in der Humanmedizin als Reserve-Antibiotika für schwere Fälle. Ein Großteil der Antibiotika geht weiterhin an Tierärzte in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, allein in den Postleitzahlbereich 49 mit seinen vielen großen Tiermastanlagen gingen mehr als 500 Tonnen. Laut der European Medicines Agency (EMA) lagen die Antibiotika-Verkäufe für Schlacht- und Milchtiere im Jahre 2011 (in mg je kg „behandelter Biomasse“) in Deutschland mit 211 Milligramm deutlich höher als in den meisten anderen EU-Ländern, vor anderen Intensivhaltungs-Ländern wie Belgien (175 mg), Frankreich (117 mg) oder die Niederlande (114 mg). Die niedrigsten Antibiotika-Zahlen listet die EMA in Norwegen (3,7 mg), Schweden (13,6 mg) und Finnland (23,8 mg) – also genau in den Ländern, die die EU-Richtlinien einer artgerechten Tierhaltung bereits umsetzen. Das Beispiel Dänemark mit immerhin 43 mg/kg wird in einem Artikel des *Spiegel* als positives Vorbild herausgestellt und in Verbindung gebracht mit einer klaren Erfassung jedes einzelnen Antibiotika-Einsatzes je Betrieb und Tierart, der Veröffentlichung aller Betriebe mit hohem Einsatz und mit den damit verbundenen deutlichen Sanktionen. Auch die Verschreibungspflicht und das Dispensierverbot, also des Verkaufs von Medikamenten durch die Tierärzte selber, habe zu einer deutlichen Verringerung der Antibiotika-Verabreichung geführt. Zudem verzichteten die dänischen Veterinäre auf den Einsatz jener Antibiotika, die in der Humanmedizin wichtig seien. Derlei Beschränkungen, so der *Spiegel*, gebe es in Deutschland nicht, auch die ab April 2014 geplante Novelle des Arzneimittelgesetzes enthalte keine konkreten Senkungsziele oder Sanktionen. Thomas Blaha von der Tierärztlichen Hochschule Hannover kritisiert in diesem Zusammenhang die Antibiotika-„Hochverbraucher“, man sei in Deutschland „zu lange den leichteren Weg gegangen“. Ebenso bemängelt Theodor Mantel als Präsident der Bundestierärztekammer die Kompensation schlechter Haltungsbedingungen durch hohe Medikamentengaben. en

Landgrabbing beenden

Tagung der AbL zeigt das Spannungsfeld Bodenpolitik auf

Anlässlich der „global soil week“ zu dem das Institut for Advanced Sustainability Studies IASS (Potsdam) nach Berlin eingeladen hatte, ging es auch auf einer AbL-Tagung in Potsdam um den Boden. Im Zentrum der Veranstaltung stand jedoch weniger die Bodenversiegelung, als vielmehr – sozusagen ganz altmodisch und doch hochaktuell – die „Bodenfrage“, nämlich die des Grundbesitzes und der Landvergabe. Denn, so ein Teilnehmer in den jeweils lebhaften Diskussionen zwischen den Vorträgen: viele sind der Meinung, dass wir eine Refeudalisierung erleben, die zu Verarmung und Rechtsradikalismus führen. Deutlich wurde: ganz besonders das Land Brandenburg hat nach der Wende eine großbetriebliche Landwirtschaft konserviert. Man wollte es den Westdeutschen einmal zeigen, was eine richtige Landwirtschaft ist, berichtete Axel Vogel, grüner Landtagsabgeordneter und Mitglied in einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, schmunzelnd. Heute besitzen in Brandenburg Großbetriebe mit jeweils über 1.000 Hektaren 70 % der Brandenburger Ackerflächen. Die kleinen Höfe haben unter 5 % der von der BVVG verwalteten Fläche zu pachten oder kaufen bekommen. Die extremen Großbetriebe sind unrentabel. Aus einem hinein gesteckten Euro werden kaum 2, während es in NRW bei 1 zu 3 liegt. Die Folgen sind desaströs. Ganze Regionen gelten als abgehängt und bekommen keine Förderungen mehr. Und häufig genug werden die

LPG-Nachfolgebetriebe ohne Rücksicht auf Verluste an Investoren verkauft. So fließt heute das Geld der Brandenburger Landwirtschaft aus Brandenburg heraus. Westdeutsche Aktionäre interessiert nicht, ob ihr Boden nachhaltig bewirtschaftet wird oder ob ihr Land genügend Beschäftigungsmöglichkeiten generiert. Interessant ist weiterhin, dass in Brandenburg offenbar die SPD die Partei der Wendehälse ist. In der Enquetekommission zumindest, so Axel Vogel, hätten eigentlich nur Grüne und Linke miteinander diskutiert, während seitens der SPD kein einziges Argument kam. Dr. Jörg Gerke, habilitierter Landwirt aus Mecklenburg-Vorpommern, greift den Ball auf. Der AbL-Sprecher für Ostdeutschland erinnert: Nach der Wende waren in den ostdeutschen Bundesländern ursprünglich circa 40 Prozent der Agrarflächen in der Hand des Bundes. Weitere rund acht Prozent gehörten den Bundesländern und Kommunen. Dieses Land ging an die Agrarfunktionäre der ehemaligen LPG. Der Neugründung von privaten bäuerlichen Betrieben wurde so bewusst der Boden entzogen. 1.500 Betriebe aus Ostdeutschland verhinderten in Brüssel eine Agrarwende, erinnert er empört. Und: diese Politik könnte man von heute auf morgen ändern. Die Politiker müssten nur die entsprechenden Verträge mit der BVVG kündigen. Stattdessen setzten sie aber auch mit den jüngsten Beschlüssen zur nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform ihre Politik zugunsten der Großbetriebe fort. Mit dem jetzt bis 2020

Ostdeutsche Bodenpolitik vor Gericht?

Inzwischen ist klar: Ein nicht unerheblicher Teil - im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer 11 % - der Umwandlungen Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) am Ende der DDR sind nicht rechtmäßig. Listen mit den Klarnamen der Betriebe existieren, zumindest in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, auch in der Hand der Ministerien. Die halten sich aber bislang bedeckt, wenn es um eine Veröffentlichung geht, lediglich die heutigen Geschäftsführer der betroffenen Betriebe wissen Bescheid. Jörg Gerke, AbL-Experte für ostdeutsche Bodenpolitik und Bauer in Mecklenburg-Vorpommern, fordert die Veröffentlichung der Betriebe, damit auch die Mitglieder oder ehemaligen Mitglieder der Genossenschaften überprüfen könnten, ob sie davon betroffen sind und gegebenenfalls rechtliche Mittel einlegen können. Zwar ist seine Einschätzung, dass von Seiten der Politik wieder einmal versucht werden wird, das Thema abzubiegen, nichts desto trotz bleiben objektive Fehler, die einmal mehr deutlich machen, dass mit den LPG-Umwandlungen gezielt Strukturpolitik gemacht wurde. Sollte es doch zu Gerichtsverfahren kommen, wird auch dieser Aspekt eine Rolle spielen. Auch durch zwei noch laufende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zur Frage der Rehabilitierung von Bodenreformopfern erhofft Gerke eine gewisse Bewegung in der Debatte. Schließlich ließen sich durch solche Eigentumsauseinandersetzungen die Fragen der Art und Weise des Zustandekommens der heutigen Großstrukturen thematisieren und aufzeigen, wie nach wie vor systematisch von Politik und Verbänden an ihrem Erhalt gearbeitet werde. Das erneute Abwenden von Kappung und Degression in der EU-Agrarreform ist da nur die offensichtlichste Finte ostdeutscher Bauernverbandslobbyisten und Agrarpolitiker.



beschlossenen Verteilungsschlüssel bei den Agrarbeihilfen existiere dann ein Subventionssystem gegen eine bäuerliche Landwirtschaft seit 25 Jahren, so Gerke. Bäuerliche Familienbetriebe seien jedoch allein der Garant für eine nachhaltige, über Generationen handelnde Weise der Landbewirtschaftung. CDU/CSU und SPD hätten mit diesen Beschlüssen entschieden, die bäuerliche Landwirtschaft zu einem Auslaufmodell in Deutschland zu machen.

Junge Bewegung

Zum Glück lässt die Jugend sich nicht unterkriegen. Wie in ganz Europa, ist auch hierzulande eine verstärkte Hinwendung zum Land und zur Landwirtschaft zu beobachten. Um an Land heranzukommen haben einige von ihnen, berichtete Johannes Erz, aus ihrem Studium heraus im Zusammenhang mit der „Jungen AbL“ sowie einer „Demeter“-Tagung ein „Bündnis Junge Landwirtschaft“ gegründet. Auf ihrer Homepage dominieren zwei Themen: wie kann ein fertig studierter Junglandwirt zu erschwinglichem Land kommen kann? Und wie verhindert man Landgrabbing in Ostdeutschland? Die erste Tat des jungen Bündnisses war die Beteiligung an der Januar-Demo „Wir haben es statt“. Im Juli

machten sie mit Unterstützung der AbL anlässlich der Jahres-Pressekonferenz der BVVG eine Demo vor der Berliner Zentrale der bundeseigenen BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH). Jedoch suchen die Jungen Landwirte auch das Gespräch mit der BVVG. Gerade hatten sie eine erste Beratung mit Vertretern. Es ging darum, wie man rechtzeitig erfährt, dass eine Fläche ausgeschrieben wird. Junglandwirt Erz stammt aus Baden-Württemberg und hat nach seiner Lehrzeit in Eberswalde studiert. Von dort aus hat er mit seiner Freundin ein Stück Land im Oderbruch erstanden. Sie wollen die Wertschöpfung zurück aufs Land bringen und sie beschlossen, es ohne Verschuldung zu machen. Im letzten Juli begannen sie mit einem halben Hektar und konnten nach und nach von den Nachbarinnen 2 weitere Hektar pachten. Sie begannen mit Gemüsebau und Hühnerhaltung. Sie kauften Ein-Tages-Küken des Zweinutzungshuhns Sussex und zogen sie auf der Terrasse auf. Jetzt sind ihre 225 Tiere in einem alten Bauwagen untergebracht. Sie vermarkten selbst - in die Nachbarschaft, vor allem aber auf direktem Wege nach Berlin.

Elisabeth Meyer-Renschhausen
freie Autorin

Land für Bauern, nicht für Investoren

Bündnis Junge Landwirtschaft macht Kampagne auf dem Land

Wem gehört Grund und Boden? Warum steigen Bodenpreise in den letzten Jahren stark an? Und haben junge Leute überhaupt noch eine Chance beim Einstieg in die Landwirtschaft? Diese Fragen stehen im Zentrum der Kampagne „Bauer sucht Land“ vom Bündnis Junge Landwirtschaft e.V. Auszubildende und AbsolventInnen aus Landwirtschafts-Ausbildung und –Hochschulen, aber auch Interessierte an gesunden, ökologischen, fairen Lebensmitteln und Ernährungssouveränität haben sich in dem Bündnis zusammengeschlossen. Seit einem Jahr sind Dreh- und Angelpunkt die Themen Bodenpolitik und Existenzgründung in der Landwirtschaft, diese will das Bündnis in die Öffentlichkeit tragen und einen gesellschaftlichen Diskurs über den Umgang mit Boden führen. Der Fokus liegt dabei auf Ostdeutschland.

Perspektive Landwirtschaft

Landwirtschaft ist eintönig, die Arbeit hart, wenig Geld, geringe Anerkennung des Berufsstandes. So ist landläufig das Bild über Leben und Arbeit im ländlichen Raum. Weit gefehlt, das Interesse steigt. Immer mehr Menschen sehen eine Perspektive in der Landwirtschaft. Sie sind hochmotiviert, kreativ und sehen beispielsweise in der Region Berlin-Brandenburg ein Marktpotential für hochwertige, regional erzeugte und ökologische Lebensmittel. Schnell wird jedoch klar: Auch mit

viel Motivation und etwas Startkapital ist der Einstieg schwer, insbesondere der Zugang zu Land kein Leichtes. Die ostdeutsche Bodenpolitik ist nach wie vor auf dem Stand von 1990, bäuerliche Landwirtschaft ist rar auf weiter Flur. Die Agrargiganten werden hochsubventioniert durch die EU-Förderpolitik, was seit einigen Jahren auch Interessenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund auf den Plan ruft. Im Zuge der Finanzkrise wird mehr und mehr Kapital in Immobilien und Land investiert. Resultierend ist ein Preisanstieg von Boden von 2007 bis 2012 um 86 %, Tendenz steigend. Sogenannte außerlandwirtschaftliche Investoren wie Möbel- und Heizungshersteller oder Seniorenheim-Betreiber sehen ein attraktives Investment in der Landwirtschaft. Das sogenannte „Landgrabbing“, die Flächenkonzentration in den Händen weniger, ist mittlerweile kein Phänomen von Ländern der Südhemisphäre. Wenn ein Unternehmen 32.000 Hektar in Ostdeutschland bewirtschaftet oder im Landkreis Märkisch-Oderland drei Unternehmen 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bestellen, sind das ernstzunehmende Warnsignale. Da kurzerhand ganze Großbetriebe aufgekauft werden, kann man sogar vom „Farmgrabbing“ sprechen. Hinzu kommt, dass der Bund nach wie vor Flächen aus DDR-Vermögen verwaltet und verkauft, und das meistbietend! Die beauftragte Bodenver-

wertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) privatisiert bis 2025 alle land- und forstwirtschaftlichen Flächen. An wen ist irrelevant, der beste Preis zählt.

Bündnis mit Forderungen

Dabei gäbe es bei der Privatisierung von Landwirtschaftsfläche konkrete Gestaltungsmöglichkeiten. Land stellt die elementare Wirtschaftsgrundlage im ländlichen Raum dar. Zentrale Forderungen an die Politik hat das Bündnis Junge Landwirtschaft e.V. zuletzt in einem Offenen Brief zu den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU/CSU eingebracht, dazu gehören ein Verkaufsmoratorium der bundeseigenen Flächen und eine Neuregelung im Umgang mit Boden. Die gezielte Förderung von Junglandwir-

tInnen, Betriebsgründungen und Sicherung bestehender bäuerlicher Betriebe würden zur Schaffung von Arbeitsplätzen und regionaler Wertschöpfung führen. Neue, transparente Vergabekriterien müssen erarbeitet werden, um eine Landwirtschaft zu unterstützen, die sich in der Gesellschaft engagiert. Und das Feld nicht Investoren überlässt, die keine örtliche und ideelle Verbindung zur Landwirtschaft haben. Für den Einstieg in die Landwirtschaft ist die wesentliche Grundlage der Zugang zu Land. Hier fordert das Bündnis die Politik auf, aktiv zu werden und Weichen für die Zukunft zu stellen für attraktive ländliche Räume und für lebenswerte Dörfer.

Willi Lehnert,
Bündnis Junge Landwirtschaft



Protest vor der BVVG-Zentrale in Berlin

Foto: Bündnis junge Landwirtschaft

Land für bäuerliche Betriebe

In den Bundesländern regt sich einiges zum Bodenrecht. Einmischen ist geboten

Die Boden- und Pachtpreise laufen „duns davon“, sagte kürzlich Ottmar Ilchmann, AbL-Landesvorsitzender in Niedersachsen. „Die Dringlichkeit, dass etwas passieren muss, ist hoch.“ Die Schwachstellen der aktuellen Grundstücks- und Landpachtverkehrsgesetze beschreibt Rechtsanwältin und Bodenrechtsexpertin Daniela Kersten, Thüringen, auf diversen AbL-Veranstaltungen wie folgt: Ortsfremde Landwirte könnten das Grundstücksverkehrsgesetz umgehen und trotzdem an Land kommen. Das Grundstücksverkehrsgesetz greife nur ein, wenn Nichtlandwirte Land erwerben. Für die Entscheidung zwischen zwei oder mehreren konkurrierenden Landwirten sei es nicht heranziehbar – um nur einige Punkte zu nennen.

Auf Grundlage der Förderalismusreform im Jahr 2006 ist es den Bundesländern möglich, das Grundstücks- und Landpachtverkehrsgesetz selbst auszugestalten und umzusetzen. Baden-

Württemberg hat als erstes Bundesland die Möglichkeit genutzt und 2010 dazu ein Agrarstrukturverbesserungsgesetz beschlossen, da vor allem Käufer aus der Schweiz Druck auf das Land ausgeübt haben. Zwar konnte laut einer jüngsten Evaluierung dem spezifischen Problem etwas entgegengesetzt werden, es bleibt in Baden-Württemberg noch die Forderung nach weitergehenden gesetzlichen Regulierungen im Land. Das Bodenthema hat es zumindest auf die politische Agenda geschafft in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg Vorpommern, Niedersachsen und Brandenburg. In Vorbereitung auf die verschiedenen Prozesse hat die AbL-Arbeitsgruppe „Bodenreform“ in diesem Frühjahr eine erste Fassung eines Positionspapieres fertiggestellt mit dem Titel „Bodenrecht und Bodenpolitik für bäuerliche Betriebe“. „Die gesetzlichen Regulierungen müssen so ausgestaltet sein, dass bäuerliche Einsteiger und bäuerlich

wirtschaftende Betriebe am Bodenmarkt zum Zuge kommen“, sagt Eberhard Prunzel-Ulrich von der AbL-Boden-Gruppe. Dafür sei es unter anderem notwendig, die Begrenzung der Kaufpreise von 150 Prozent vom Verkehrswert herabzusetzen.

In dem AbL Bodenpapier wird auch auf die in den neuen Bundesländern durch die Verpachtungs- und Verkaufspraxis der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) und der Verpachtung der Landesflächen hingewiesen, bei denen bisher bäuerlichen Betrieben landwirtschaftliche Flächen entzogen wurden. Es fordert dort zusätzlichen und gesonderten Regelungsbedarf. Der Deutsche Bauernverband (DBV) arbeitet derzeit an „agrarstrukturpolitischen Zielen und einer Neujustierung der ordnungsrechtlichen Instrumentarien für den landwirtschaftlichen Bodenmarkt“ und will dann „Wege für eine Novellierung der Grundstücksverkehrs-

setze durch die Bundesländer aufzeigen“, ist auf deren Internetseite zu lesen. Als eine mögliche Marschrichtung dient der Auszug aus einer veröffentlichten Rede von DBV-Vizepräsident Werner Schwarz: „... Was wir, glaube ich, nicht brauchen, sind direkte staatliche Eingriffe in die Preisbildung am Bodenmarkt. ... Wir brauchen eine Verständigung über die agrarstrukturpolitischen Ziele, dann können wir auch über einzelne Maßnahmen, z.B. im Grundstücksverkehrsgesetz, reden und entscheiden. Es darf aber dabei nicht darum gehen, einzelne Wirtschaftsweisen, Betriebsformen oder -größen zu diskriminieren.“ Der bäuerliche Erfolg einer Novellierung des Bodenrechts in den Bundesländern wird davon abhängen, wie viel Gegenwind die Politik und die interessierte Seite zu spüren bekommt.

Berit Thomsen
AbL-Bodenpapier: abl-eu.de/themen/agrarpolitik/bodenpolitik

Gestaltungsspielräume für eine vielfältige Agrarstruktur nutzen

Ein Interview mit dem erstmals per Direktmandat in den Bundestag gewählten Hans Georg von der Marwitz (CDU)

Der brandenburgische CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Georg von der Marwitz bewirtschaftet einen Hof in seinem Wahl-, dem Landkreis Märkisch-Oderland.

Auf der außerordentlichen Agrarministerkonferenz in München ging es um die nationale Ausgestaltung der EU-Agrarreform. Zwar wurde ein Aufschlag für die ersten Hektare beschlossen, eine Degression der Zahlungen, wie Sie und die CDU in Brandenburg sie gefordert haben, wurde maßgeblich von den ostdeutschen Ministern abgelenkt. Was heißt das aus Ihrer Sicht für die ostdeutsche Landwirtschaft?

von der Marwitz: Mit Blick auf den landwirtschaftlichen Strukturwandel stellt sich für mich die Frage, wie können wir diese Entwicklung gestalten? Die Antwort lautet: In erster Linie durch entsprechende Eingriffe in die gegenwärtige Subventionspolitik. Wenn die Agrarminister nun Kappung und Staffeln nicht eingeführt haben, weisen die Ergebnisse von München aber doch in die richtige Richtung. Die EU-Agrarpolitik bewegt sich ja schon länger gedanklich auf eine Neuausrichtung hin. Es geht um ein neues Leitbild von Landwirtschaft.

Wie müsste das aussehen?

Der entscheidende Punkt sind die Eigentumsstrukturen: Familienorientierung, generationenübergreifendes Denken und Ortsgebundenheit. Inwieweit bringt sich ein landwirtschaftlicher Betrieb im Dorf ein und trägt dort die Sozialstruktur mit? Es geht nicht allein um die Frage, wie groß oder klein ein Betrieb ist. Wichtig ist die regionale Verwurzelung. Vielleicht arbeitet manch eine Agrargesellschaft rationeller, aber ich bin überzeugt, dass in Familienbetrieben mehr Innovation und Unternehmergeist steckt. Wir müssen beachten, dass Subventionen innovative Ideen eher behindern als fördern. Die EU-Kommission und das Parlament hatten das erkannt und wollten vom Gießkannenprinzip abrücken und Kappung und Degression einführen, allein der Ministerrat war dagegen. Die eingesparten Gelder hätten zielgerichtet für förderwürdige landwirtschaftliche Maßnahmen und für den ländlichen Raum eingesetzt werden können. Dadurch wäre meines Erachtens vor allem das unternehmerische Engagement gefördert worden.

Die Direktzahlungen der Ersten Säule sind für viele Familienbetriebe fast nur noch durchlaufende Posten. Profiteure

sind Verpächter und flächenstarke Betriebe. Viele Unternehmen geraten zusätzlich unter Druck durch außerlandwirtschaftliche Investoren. Dazu kommt die Entwicklung beim Biogas. In den vergangenen zehn Jahren sind die Bodenpreise in Brandenburg explodiert - um bis zu 500 %.

Entwicklungen, die zunehmend auch von der Gesellschaft kritisch betrachtet werden

Wir müssen uns fragen, welche Gestaltungsmöglichkeit die Landwirtschaft für unsere Gesellschaft heute noch hat. In Ostdeutschland spielt sie im ländlichen Raum längst nicht mehr die dominierende Rolle. Der Bezug zur Urproduktion ist bei vielen Bürgern längst verloren gegangen, leider auch bei den Verpächtern. In den neuen Ländern verkommt die Landwirtschaft mehr und mehr zum beliebigen Investment, gesichts- und heimatlos! Seit 1990 haben sich die meisten Agrargenossenschaften in Kapitalgesellschaften umgewandelt.

Genossenschaften wandeln sich zu Kapitalgesellschaften. Was folgt daraus?

Die Konzentration in wenigen Händen nimmt seit Jahren zu. Im Zuge des Generationswechsels kann man ein wachsendes Phänomen beobachten. Sowohl die Anteilseigner der LPG-Nachfolgebetriebe als auch die Erben landwirtschaftlicher Nutzflächen wollen „Kasse machen“. Sie sehen keine Perspektive für eine selbstständige Tätigkeit in der Landwirtschaft. Zudem kommt, dass viele Geschäftsführer von Agrargesellschaften nicht für eine geordnete Übergabe in die nächste Generation gesorgt haben, wodurch außerlandwirtschaftliche Investoren leichte Beute machen. In nicht wenigen Orten Brandenburgs hat das zur Folge, dass die praktische Landwirtschaft von der dörflichen Bildfläche verschwunden ist, abgesehen vom Nomadentum der Lohnunternehmer in den Bestell- und Erntezeiten.

Böte ein geändertes Grundstücksverkehrsgesetz Möglichkeiten gegen außerlandwirtschaftliche Investoren?

Das Grundstücksverkehrsgesetz ist ein stumpfes Schwert. Ich glaube nicht, dass eine Novellierung des Gesetzes außerlandwirtschaftliche Investoren ernsthaft behindert. Es gibt bereits jetzt Probleme mit der Ausgestaltung dieses Gesetzes. Eine Klausel, dass Landwirte,

die mehr als 50 % Eigentumsflächen bewirtschaften, das Vorkaufsrecht verlieren, mag in manchen Fällen sinnvoll sein, um tatsächlich ungesunde Landkonzentration zu verhindern. Häufig genug verlieren damit aber auch zukunftsfähig wirtschaftende Familienbetriebe das Vorkaufsrecht.

Außerdem kritisiere ich, dass Land für den vorkaufsberechtigten Bauern mit hohen Maklerkosten und einer doppelten Grunderwerbssteuer belegt ist, weil Landesgesellschaften in Brandenburg als Mittler fungieren. Ich denke, dass Kappung und Degression in der Ersten Säule der GAP die Investorenpraxis einfacher und effektiver hätten einschränken können, als eine

tur (GRW) für zusätzliche Programme erhöht werden. Es geht darum, Menschen Perspektiven in allen ländlichen Räumen zu eröffnen, denn immerhin leben dort fast 50 % der Deutschen. Es gibt gute Beispiele in Brandenburger Dörfern mit einer wiedergewonnenen, vielschichtigen Struktur von Handwerks-, Landwirtschafts- und Gartenbaubetrieben, die von diesen Maßnahmen profitiert haben, - mit beachtlichen Ergebnissen. Dort ist sogar Zuwachs bei den Bevölkerungszahlen zu verzeichnen!

Für solche Perspektiven im ländlichen Raum sind Sie als Direktkandidat in einem ländlichen Wahlkreis nach Ber-



Hans-Georg von der Marwitz

Foto: CDU

nun in der Diskussion stehende Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes.

Soweit zur Ersten Säule, was ist mit der Zweiten?

In Deutschland gibt es nicht wenige Landwirte und Agrarlobbyisten, die Kritik an der Zweiten Säule üben. Ich halte die Mittel dieser Säule für gut eingesetzt, wenn sie Landwirten und Akteuren (Raumpionieren) in den Dörfern wirtschaftliche, kulturelle und soziale Perspektiven schaffen. Auch für Aufgaben, die von Landwirten für die Allgemeinheit erbracht werden, bietet die Zweite Säule durchaus Gestaltungsmöglichkeiten. Ich würde es ebenfalls begrüßen, wenn die nationalen Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), aber auch für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruk-

lin gewählt worden?

Der ländliche Raum hat große Entwicklungsmöglichkeiten, die durch Innovationen und Unternehmertum aktiviert werden müssen. In diesem Sinne bringe ich mich in Berlin ein und vertrete meine Überzeugungen - manchmal auch kontrovers mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand. Wir müssen erkennen, dass es neben den verbleibenden Landwirten auch anderes unternehmerisches Potenzial gibt, das gefördert werden muss. Im Bereich der Landwirtschaft werde ich mich weiterhin für eine vielschichtige Agrarstruktur und familiengeführte Unternehmen einsetzen. Es sind gerade diese Betriebe, die positive Effekte für den ländlichen Raum schaffen. Dafür sollten wir die politischen Gestaltungsspielräume nutzen.

Vielen Dank für das Gespräch cs

Windparks sorgen für Turbulenzen

Landkreise entscheiden über lukrative, aber auch umstrittene Windvorranggebiete

Wichtige Kleinstlandwirtschaft

Knapp sechs Mio. „semi-subsistence-farms“ (SSF), also kleine Landwirtschaftsbetriebe mit vorwiegender Selbstversorgung, gab es im Jahre 2010 in der EU – vor allem in Ost-, Südost- und Südeuropa. Angesichts der wirtschaftlichen Rezession sinkt diese Zahl kaum, sondern steigt in Südeuropa sogar deutlich. Etwa 20 bis 50 % der Einkommen der Menschen auf diesen Betrieben stammen aus der Subsistenzproduktion. So das Ergebnis einer Studie, die das EU-Parlament in Auftrag gegeben hatte. Empfohlen wird eine vereinfachte Kleinlandwirtere-gelung mit einer jährlichen Pauschalzahlung der EU-Prämien, außerdem spezielle Programme mit Förderung von Kooperationen, Bauernmärkten und Direktvermarktung. *en*

Auf der Grundlage der Beschlüsse des Bundestages zur Energiewende und zur Erhöhung des Anteils der regenerativen Energien prüfen viele Landkreise wo bei ihnen „Windeignungs- bzw. Windvorranggebiete“ liegen. Daraus leitet sich eine Bau-Privilegierung für Windräder im Außenbereich der Gemeinden ab. Allerdings ohne Wildwuchs, sondern planerisch konzentriert, mit einer Bündelung der Windräder an geeigneten Stellen. Zu beachten sind bei diesen raumbedeutsamen Anlagen die möglichen Störungen von Landschaftsbild, Biotopen und Tieren (Brutstätten, Zugvogelrouten, Fledermäuse) sowie von Anwohnern (Lärm, Schattenwurf). Es gibt je nach Bundesland unterschiedliche Mindest-Abstandsgrenzen zur Wohnbebauung, die von 800 Metern bis zu mehreren Kilometern reichen und die von den Landkreisen individuell erhöht werden können. Die meisten Bundesländer erlauben dabei grundsätzlich auch Windräder im Wald. Lediglich die norddeutschen Bundesländer meinen, ihr Windenergie-Landes-Kontingent auch außerhalb des Waldes „raumverträglich unterbringen“ zu können. Die Flächennutzung im Wald ist, wegen der geringeren Konflikte mit Anwohnern, für viele Planer von Interesse, stößt aber, wegen fehlender Entscheidungsgrundlagen über die Auswirkungen auf die Ökologie des Waldes, insbesondere durch die Sog- und Schredderwirkung auf Tiere oberhalb der Baumkronen, auf den entschiedenen Widerstand von Umweltschutzverbänden.

„Landeigentümer-Bündelung“

Zumeist melden sich bei den Landeigentümern potentieller Vorranggebiete Geschäftsleute, Agrarberatungs-Unternehmen oder auch Bauernverbands-Tochter-

fimen mit dem Versprechen, die möglichen Teilnehmer an späteren Vorranggebieten zu bündeln und für sie die Investoren mit den höchsten Pachtzahlungen oder dem besten Konzept zu suchen. Sollte der Standort schließlich realisiert werden, winken hohe Vergütungen für den „Weiterverkauf“ dieser „Eigentümer-Bündelungen“. Durch Vorverträge soll ausgeschlossen werden, dass einzelne Eigentümer aus dem Flächen-Verbund ausscheren oder dass der ganze Eigentümer-Pool noch mal den Partner wechselt. Manche fühlen sich so regelrecht überrumpelt, andere sondieren zwischen möglichen „Bündlern“ und manche Landwirte projektieren lieber selber in aufwändiger Eigenregie. Am Ende entstehen Windparks auf einer Fläche von 70 bis 80 Hektar mit ca. sieben bis acht Windrädern, jeweils mit einer Leistung von bis zu drei MW und bis zu 140 Meter Nabenhöhe (200 m Flügel-Gesamthöhe) - weil sich mit steigender Höhe die Winderträge potenzieren. Spätestens jetzt wird vielen Anwohnern bewusst, dass es hier nicht um eine Vermehrung der bisher üblichen Windräder geht, sondern um eine völlig neue Dimension von Groß-Industrieanlagen, die fünf Mio. Euro pro Windrad kosten und höher als der Kölner Dom sind – mit allen Konsequenzen für Lärm, Sicht und Akzeptanz.

Viel Geld und Streit

Gleichzeitig erstaunt manchen Eigentümer, was da an Pachten in Aussicht gestellt wird – bis zu 3.000 Euro pro Hektar in jedem der 30 Nutzungsjahre! Allerdings werden diese Gebote in der Folge zumeist nach unten korrigiert – mit Hinweis auf die doch nicht so gute „Windhöflichkeit“ oder die verschlechterten EEG-Konditi-

onen. Den Wünschen von Eigentümern, doch am besten Bürgerwindparks zu projektieren, begegneten die möglichen Betreiber zumeist mit dem Hinweis auf die dann von ihnen reduzierten Pachten. Dennoch setzen viele Eigentümer-Gemeinschaften auf dieses Modell – weil es die Akzeptanz erhöht, die Gewerbesteuer vor Ort bleibt und gegen die Monopolstellung von EON, Vattenfall, RWE und EnBW angeht. Viel zu oft werden die Projekte ohne Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit durchgeführt, was zu Unmut führt und zusätzliche Gräben vor Ort schafft. Dabei spielt durchaus nicht nur der Neid eine Rolle – sondern vielmehr der stete Ausblick auf riesige Windräder mit merkbaren Geräuschen, Schattenwurf, nächtlichem Blinken und dem damit verbundenen Wertverlust des eigenen Hauses. Selbst der Hinweis, dass ja auch ohne den nahen Windpark die Groß-Windräder benachbarter Parks über viele Kilometer ebenso störend-sichtbar sein würden, „entschärft“ nur einen dieser Einwände. Auch Beschlüsse, jährlich Zehntausende Euro in eine dorfnützige Stiftung einzubezahlen oder interessierte Bürger an den Windrädern teilweise oder ganz zu beteiligen, mindern Skepsis und Protest vieler Anwohner nur begrenzt.

Infraschall und Augenmaß

Hinzu kommt fast immer die Sorge vor den schwer einschätzbaren Wirkungen des tieffrequenten Infraschalls, der sich rhythmisch immer wieder beim Pressen der Luft zwischen Flügel und Mast bildet und fortpflanzt. Zu den Gesundheitsfolgen dieser neuen Riesenräder gibt es nur wenige Untersuchungen. Und selbst wenn man z.B. den entwarnenden Studien des Zweckverbands Braunschweig oder aus Neuseeland glaubt – wie tritt man jemandem gegenüber, der meint, dass er durch diesen Infraschall wirklich krank geworden sei und wegziehen musste? Hier fühlen sich Landeigentümer und auch Windpark-Gegner von Politik und Behörden alleingelassen. Die Bürgerinitiativen fordern z.B. 1,5 km Abstand zu Wohnhäusern, Höhenbegrenzungen auf 140 Meter und fünf km Abstand zwischen Windparks. Bürgerinitiativen haben mit ihren Einwänden mittlerweile auch Windparks verhindert. Das Ziel einer gesellschaftlich akzeptierten Windenergieproduktion gibt Anlass, die erforderliche Menge und Größe von Windrädern und deren Standortkriterien zu überdenken. Von einer angemessenen Berücksichtigung und Förderung dezentraler Kleinwindanlagen und anderer alternativer Energiekonzepte ganz zu schweigen.



Viel Energie aus Wind.

Foto: Weiler

Eckehard Niemann

Heilsbringer Hybridweizen?

Pflanzzüchterszene diskutiert den Heterosiseffekt auch in der Züchterkasse

Eine bestimmte Kurve ist in graphischen Darstellungen bei Pflanzzüchtern sehr beliebt. Sie stellt den steilen Anstieg der Ertragsleistungen bei Mais dar, als vor fast einem Jahrhundert die Hybridzüchtung Praxisreife erlangte. Die Kombinationskreuzung von zwei reinerbigen Elternlinien zur Saatguterzeugung führt zum Heterosiseffekt, einer besonderen Leistungssteigerung der Nachkommen. Mindestens genauso erfolgreich aus Sicht der Züchter ist der dadurch mitgelieferte Effekt, dass diese Nachkommen ihre große

eine nachhaltige Intensivierung der Linien-sorten“, so sein Resümee. Friedrich Longin von der Landessaatzuchtanstalt Stuttgart geht weiter. Hybriden seien eine Erfolgsgeschichte: Heterosiseffekt, Stressresistenz, Ertragsstabilität und nicht zuletzt der automatische Sortenschutz sprächen für Hybridweizen selbst wenn es bedeute, das „natürliche System“ des 100 %igen Selbstbefruchters „auszuschalten.“ Bei der Saatgutproduktion funktioniert das derzeit über die chemische Kastration, sprich die Spritzung einer der in Streifen angebauten

terprivileg gebe also jeder mit den Ergebnissen des anderen weiterzüchten könne, so Bulich. Es gebe neue Anforderungen, die Welternährungsproblematik rücke den Ertrag wieder in den Focus, aber auch veränderte Anbautechniken, Intensivierung, Mulchsaat, Stoppelweizen, Wetterextreme forderten sehr stressfeste Sorten. So sei nun der Punkt gekommen, an dem fast alle Firmen sich der Hybridweizenzüchtung zuwenden, dabei spiele durchaus die Lizenz bzw. Nachbauproblematik eine Rolle. Nachbau sparte Katja Börgermann, beim Bauernverband Referentin für Saatgut, als Thema lieber aus, nur kurz erwähnte sie, dass Nachbaufähigkeit auch ein Entscheidungskriterium sein könne nach dem Bauern und Bäuerinnen ihre Sortenwahl trafen. Der Preis sei es sicher auch, aber nicht nur. Sie plädierte für Methodenoffenheit und mehr Kommunikation zwischen Züchtern und Bauern.

Schaler Geschmack

Am Ende blieb der komische Nachgeschmack, dass hier viel öffentliches Geld bereitgestellt wird, um etwas weiter zu bringen, was auch dazu da ist ackerbauliche Defizite auszugleichen, tolle Kurven zu zeichnen und aber hauptsächlich, um privatwirtschaftliche Geldströme abzuschern. cs



Hybridweizensaatgut zu produzieren ist aufwändiger Streifenanbau, eine Pestizidbehandlung und Tütenkontrollen um die Befruchtung zu kontrollieren Foto: Hybridweizen.net

genetische Variabilität in der nächsten Generation ausspielen und so uneinheitlich ausgeprägt sind, dass Nachbau wenig lukrativ ist. Das bedeutet: jedes Jahr wieder verkauftes Saatgut, sichere Lizenzen. Auch deshalb floss in den klassischen Maisanbauländern in Übersee wesentlich mehr Geld in dessen züchterische Bearbeitung als in die Weizenzüchtung. Denn Weizen ist ein strenger Selbstbefruchter, d. h. Saatgutproduktion als Kombinationskreuzung zweier unterschiedlicher Elternlinien ist aufwändig und teuer. Nichts desto trotz arbeiten die Weizenzüchtungsunternehmen an Hybriden, bislang mit gebremstem Elan. Die Kurve des Ertragsfortschritts bei Populationsweizen ist längst nicht so beeindruckend wie die des Maises. Entsprechend groß ist die Kritik der Bauern und Bäuerinnen. Auf dem Saatgutkongress der Agrarzeitung Ernährungsdienst, der im Rahmen der Agritechnica in Hannover stattfand, wirkte es denn auch fast trotzig als Wolfgang Friedt von der Universität Göttingen darstellte, dass „kein Ertragsfortschritt nicht gleichzusetzen sei mit keinem Züchtungsfortschritt“, Friedt verwies auf Krankheitsresistenzen und ertrags-sichernde Merkmale, wie Standfestigkeit oder Klimaangepasstheit. „Wir brauchen

Elternlinien mit einem sterilisierenden Pestizid. Bisher ist das Mittel nur in Frankreich zugelassen, damit verteuert sich die Saatgutproduktion noch mal. Zwar steht die Entwicklung genetischer Sterilität auf dem Wunschzettel der Züchter, bisher sei aber die chemische Methode eine „schicke Lösung“ wie Longin formulierte, gesellschaftliche Ablehnung solcher Vorgehensweise fürchtet hier offenbar niemand. Dabei ging es bei Longin wie auch beim nächsten Redner, Carl Bulich von der Gemeinschaft zur Förderung der privaten deutschen Pflanzzüchtung (GFP), darum, für die Förderung einer konzertierten Anstrengung auch in finanzieller Hinsicht zu werben. Die GFP mit ihrer neuen Initiative proWeizen, angelegt als gemeinschaftliche Forschungsinitiative der Züchter bevor sie in die konkurrierende Sortenentwicklung einsteigen, hat gerade erneut Forschungsmillionen aus dem Bundesministerium zugesichert bekommen. Vor zwanzig Jahren noch habe man keinen Heller für Forschung zur Ertragssteigerung bekommen erinnerte Bulich, da habe Renate Künast noch die Parole „Klasse statt Masse“ ausgegeben. Trotzdem habe es in Deutschland Ertragsfortschritt gegeben, mehr als in anderen Ländern, weil es bei uns das Züch-



Science zu Pestiziden

Die Wissenschaftszeit-schrift „Science“ (Bd. 341, S. 730-765) hat in zehn Beiträgen die Probleme aus dem weltweit hohen Pestizidgebrauch beleuchtet. Laut FAZ wird darin nicht nur auf ungewisse Auswirkungen auf Ökosysteme und fehlende Überwachungsprogramme in vielen Ländern hingewiesen, sondern auch auf negative Zusammenhänge in Bezug auf die menschliche Gesundheit. en

Licht und Schatten aufs EU-Saatbett

Etwas spät, aber mit einem grundsätzlich sehr positiven Tenor aus Sicht der ökologischen Pflanzzüchter und der Initiativen zum Erhalt der Sortenvielfalt auf dem Acker, hat der Bundesrat seinen Beschluss zur EU-Saatgutgesetzgebung verfasst. Formuliert wird die Sorge vor „weiteren bürokratischen Hürden und finanziellen Belastungen für die Landwirte“, wengleich die drohende Registrierungspflicht für landwirtschaftliche Unternehmer – wer immer am Ende auch darunter gefasst wird – nicht kritisiert wird. Des Weiteren bittet der Bundesrat die Bundesregierung, dass die Zucht und der Handel „mit alten und regionalen Sorten sowie Sorten für den ökologischen Anbau nicht behindert, sondern aktiv gefördert werden“. Er tritt ein für den „vereinfachten Marktzugang für neue Sorten für den Nischen- und Amateurmarkt“. Außerdem wird durch den Bundesrat die Absicht begrüßt, die Besonderheiten der Sorten für den Ökolandbau in einer entsprechenden Wertprüfung zu integrieren und „größtmögliche Transparenz“ bei der Angabe von Züchtungsmethoden gefordert. Während also der Beschluss des Bundesrates auf Lob und Zustimmung aus den Reihen der Saatgut-Organisationen und Verbände stößt, kommen aus Brüssel schon wieder dunkle Wolken. Dort hat der Berichterstatter des EU-Agrarausschusses, der italienische EVP-Abgeordnete Sergio Silvestris, seinen Entwurf für den Bericht vorgelegt. Silvestris schließt systematisch die wenigen Löcher, die die EU-Kommission – unter Umständen auch nur aufgrund öffentlichen Drucks gewollt oder ungewollt – gelassen hatte für Erhaltungs- und Ökozüchter sowie für Bauern und Bäuerinnen, die mit eigenen oder alten Sorten hantieren. Silvestris streicht den „Nischenmarkt“ und das „heterogene Material“ als Ausnahmetatbestände und unterwirft jegliche bäuerliche Saatgutproduktion den allgemeinen Vorschriften und Anerkennungsregeln. „Silvestris' Bericht ist nochmals eine Verschlechterung gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission. All das hätte nicht nur erhebliche negative Auswirkungen auf die Sortenvielfalt in Deutschland, sondern vor allem auch auf die bäuerliche Landwirtschaft in den kleinteiliger strukturierten landwirtschaftlichen Bereichen Süd- und Osteuropas.“, schreibt Andreas Rieberg von der Kampagne für Saatgut-Souveränität.

EU-Kommission gibt Gentechnik-Alarm

Bald wieder Gentechnik-Anbau in Europa?

Der 6. November 2013 war ein alarmierender Mittwoch für die gentechnikfreie Bewegung in Europa. Auf dieser Sitzung hat die EU-Kommission den gentechnisch veränderten (GV) Mais 1507 zur Zulassung für den Anbau in Europa empfohlen und den Mitgliedsstaaten einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Voraussichtlich bei der Dezembersitzung des Umweltrates werden die Umweltminister der Regierungen für oder gegen die Anbauzulassung von Mais 1507 stimmen. Kommt keine qualifizierte Mehrheit zustande, hat Kommissar Tonio Borg schon angekündigt, dass er selbst grünes Licht für diese Anbauzulassung geben werde.

Mängelliste 1507

Den Antrag auf Anbauzulassung des Mais der Linie 1507 hat der US-Agrarkonzern Pioneer Hi-Bred zusammen mit Dow AgroSciences bereits 2001 gestellt. Der GV-Mais ist so manipuliert worden, dass er gegen das hochgiftige Glufosinat (Wirkstoff im Totalherbizid Basta oder Liberty von Bayer) resistent ist. Glufosinat hat unter anderem Auswirkungen auf die frühe em-

bryonale Entwicklung und selbst die EFSA stuft Glufosinat als kritisch ein. Zudem erzeugt der 1507-Mais ein Insektengift, das u.a. giftig für den Maiszünsler ist. In mehreren Gutachten kommt die EFSA trotzdem zu dem Ergebnis: 1507 stellt für Umwelt und Gesundheit kein Risiko dar, er sei genau so sicher wie konventioneller Mais. Zwar werden Schädigungen an Schmetterlingen und Motten erwartet, diese sollen aber durch Managementmaßnahmen reduziert werden. Ob das funktioniert, ist jedoch nicht erprobt. Schon bei anderen Insektengift-produzierenden Gentechnik-Pflanzen sind Schädigungen von Nichtzielorganismen nachgewiesen, genauso wie Resistenzentwicklungen bei den Schädlingen, so dass Bt-Pflanzen früher oder später ihre Wirkung verlieren.

Pioneer erwirkt Zulassung

Wegen Verzögerung und Untätigkeit hatte Pioneer 2010 eine Klage gegen die Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht. Ende September diesen Jahres gab der EuGH dem Konzern recht. Die Kommission habe nach einer Abstimmung 2009, bei

der es keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen eine Anbauzulassung für Europa gab, keinerlei Maßnahmen ergriffen. Laut Friends of the Earth und anderen Organisationen hat der EuGH aber lediglich festgestellt, dass die Kommission sich mit 1507 beschäftigen muss. Stattdessen hat sie den Mitgliedsstaaten nun einen Vorschlag für einen Beschluss zur Zulassung vorgelegt. Dabei hat die Kommission die Möglichkeit und ausreichend Argumente, den Mais zurückzuweisen.

Bundesregierung gefragt

Die nationalen Regierungen müssen jetzt Flagge zeigen und auch für die sich gerade konstituierende neue Bundesregierung wird diese Debatte ein erster Prüfstein. Hatte sich die CDU/CSU laut Ex-Agrarministerin Ilse Aigner bei den letzten Gentechnik-Abstimmungsprozessen immer wegen dem Koalitionspartner FDP auf eine „Enthaltung“ einigen müssen, müssen CSU und SPD nun die Christdemokraten dazu bringen, tatsächlich mit einem klaren NEIN zu stimmen. „Am Ende werden es die Bäuerinnen und Bauern und die Bürger sein, die entscheiden, ob Gentechnik

auf europäischen Äckern wächst und ob wir unsere gentechnikfreien Märkte und Unabhängigkeit vor den Gentechnik-Konzernen sichern“, so Georg Janßen von der AbL.

Nationale Verbotsmöglichkeiten

Parallel hat die EU-Kommission die EU-Regierungen nach längerer Pause aufgefordert, den Kommissionsentwurf von 2010 zu nationalen Anbauverböten von GV-Pflanzen (national opt/outs) erneut zu beraten. Auf den ersten Blick sieht der Kommissionsentwurf „mehr Verbotsmöglichkeiten“ für die Mitgliedstaaten vor. Kritiker befürchten jedoch, dass die nationalen Verbote im derzeitigen Entwurf vor Gerichten keinen Bestand haben würden und dass die Kommission mit ihrem Vorschlag vor allem den Widerstand einiger nationaler Regierungen gegen Anbauzulassungen in Europa schwächen will, um den Zulassungsprozess zu beschleunigen. Zweimal sind die von Ratspräsidenten erweiterten Vorschläge schon abgelehnt worden, jetzt startet die Kommission eine dritte Runde unter der Ratspräsidentschaft von Litauen. *Annamarie Volling*



Nürnberg, Germany
12. - 15.2.2014

BIOFACH2014

into organic

Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel

EINZIGARTIG IMPULSGEBEND.

Die inspirierende Vielfalt konsequent zertifizierter Produkte, präsentiert von internationalen Ausstellern – auf der BIOFACH.

biofach.de

Zutritt nur für Fachbesucher

Tragen Sie den Termin direkt in Ihren Kalender ein



VERANSTALTER
NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 09
Fax +49 (0) 9 11.86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de

Ein revolutionärer Weg

Solidarische Landwirtschaft setzt auf Vertrauen, Kooperation und geteilte Verantwortung

Wenn Gunter Freytag auf den Acker geht, auf dem Spinat, Feldsalat, Lauch und Kohl wachsen, weiß er genau für wen er arbeitet. Die knapp über hundert Mitglieder der Initiative „Solawi-Rostock“ zahlen den Beitrag, den die Produzenten der Wirtschaftsgemeinschaft für sich und die Bewirtschaftung der beiden Gärten und der Schäferei benötigen. Die Mitglieder teilen wöchentlich die Gemüseernte und Erzeugnisse der Schäferei unter sich auf. Wer will, kann mitarbeiten und mitgestalten, Feste planen oder in anderer Weise mitmachen. Die Initiative im Rostocker Land gibt es seit Mai 2013. Sie gehört zu einer Bewegung, die weltweit immer mehr Anhänger findet.

Sich die Ernte teilen.

Der ehemalige freiberufliche Baumpfleger, Gartenlandschaftsbauer und Planer für Abwasserkonzepte Gunter Freytag wollte in die Landwirtschaft, „aber weg vom größer, billiger und schneller“. Deshalb hat er die Idee der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) gemeinsam mit einer weiteren Gärtnerei und einer Schäferei verwirklicht. Zusammen produzieren sie für ihre Mitglieder etwa 35 Gemüsesorten auf dem Acker und in vier Folientunneln. Dazu kommen verschiedene Kräuter, Blumen, Äpfel und die Produkte der Ziegen und Schafe wie Lammfleisch, Leber-, Brat-, Bock- oder Lungenwurst sowie Salami und Leberwurst. „Die Vielfalt der Produkte soll noch steigen“, erzählt Freytag. „Wir denken da zunächst an Milchprodukte und in der weiteren Zukunft auch an Brot und andere Backwaren.“ Auf ihrer gemeinsamen Homepage informieren sie ihre Mitglieder über Anbauzeiten, Angebote, Termine und weitere Zukunftspläne. Nach der wöchentlichen Ernte werden die Produkte zu verschiedenen Verteilerpunkten in der Umgebung gebracht. Dort können die Mitglieder die Waren untereinander aufteilen. Für die Höfe entsteht durch diese Kooperation eine Planungssicherheit, die es den Landwirten ermöglicht, gesunde und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel in angemessener Menge für die Gemeinschaft zu produzieren, so die Initiative. Dabei legen sie besonderen Wert auf eine artgerechte Tierhaltung und einen bewussten, nachhaltigen Umgang mit der Natur und dem Boden. Dieser wird bei „Solawi-Rostock“ zum Großteil mit Pferden bearbeitet. „Unser Ziel ist es, in der Bodenbearbeitung und Pflege der Gemüsekulturen vollständig



Erfahrungsaustausch mit viel Freude / Netzwerktreffen in Thüringen

Foto: junge Abl

auf den Traktor zu verzichten“, sagt Freytag. Das Projekt „Solawi-Rostock“ zeigt, dass solidarische Landwirtschaft nicht nur möglich, sondern auch erfolgreich im Sinne einer bäuerlichen Landwirtschaft und guter Lebensmittelproduktion sein kann. Für Freytag ist das wichtigste an der solidarischen Landwirtschaft, dass die Menschen wieder Zugang zu den Lebensmitteln und ihrem Land finden, um es für nachfolgende Generation zu erhalten. „Die Menschen fangen wieder an, das Land auf dem sie leben selbstverantwortlich zu gestalten“, erzählt Freytag. „Das schafft eine Wertschätzung in der Gesellschaft für gesunde Lebensmittel, die Arbeit und die in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Aber auch Verbindung, Achtsamkeit und Vertrauen der Menschen im Umgang miteinander und mit der Natur.“

Ohne Wachstumszwang

Wie für Gunter Freytag ist für viele Menschen die Solidarische Landwirtschaft ein neuer Weg, um die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Um aus dem Konkurrenz- und Wachstumszwang auszubrechen und gesunde Lebensmittel zu produzieren. Seine Hofgemeinschaft gehört zu einer der 42 Solidarhöfe in Deutschland, von denen ein Großteil Mitglied im „Netzwerk Solidarische Landwirtschaft“ ist. Anfang November traf sich die Bewegung auf dem „Naturerlebnishof Hausen“ nahe Erfurt. Etwa fünfzig Bauern und Bäuerinnen, Verbraucher und Interes-

sierte versammelten sich, um Erfahrungen auszutauschen, sich zu vernetzen und neue Pläne zu schmieden. Einen ganzen Nachmittag wurde in Gruppen zu den unterschiedlichsten Themen gearbeitet, geplant, beraten und erzählt z.B. die Gründung einer solidarischen Landwirtschaft, neuer Umgang mit Tieren und Erfahrungen über die Solidarische Landwirtschaft in ländlichen Räumen. Ebenso wichtig waren die Themen Beratung von Initiativen, was macht den Mehrwert einer Solawi aus und Vernetzung mit anderen Verbänden und Initiativen. Zum Thema Vernetzung leisteten auch Ge-

org Janßen und Michael Grolm von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) einen Beitrag. Sie freuen sich auf eine Zusammenarbeit mit dem Solawinetzwerk und unterstützen die Bewegung. „Ich habe Respekt vor eurer Arbeit und bedanke mich dafür. Ihr engagiert euch aktiv für den Erhalt von Bauernhöfen. Und deshalb sage ich euch die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der AbL zu!“

Marlene Herzog, Kathrin Lindner,
junge Abl

Infobox:

Solidarische Landwirtschaft (Solawi) gibt es in Deutschland seit den 1980er Jahren. Momentan gibt es etwa 42 Solawi Projekte in Deutschland. Solidarische Landwirtschaft ist ein Modell der Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Die Besonderheit: Eine Gruppe von Verbrauchern verbindet sich langfristig mit einem landwirtschaftlichen Betrieb. Die Gruppe finanziert gemeinsam die jährlichen Kosten des Hofes im Voraus und erhält im Gegenzug einen entsprechenden Anteil der Produkte des Hofes. So gestalten Verbraucher und Produzenten gemeinsam und teilen sich die Verantwortung für die Lebensmittelproduktion. Der Kunde ist kein Kunde im traditionellen Sinn, sondern eine Art „Mitfarmer“. Solidarität und Vertrauen zeigen die Verbraucher den Landwirten durch Vorauszahlung der Beiträge und eine selbstbestimmte Beitragshöhe. Auch bei der Verteilung der Ernteanteile unter den Verbrauchern ist Vertrauen und Kooperation ausschlaggebend für ein gutes Gelingen. Durch die Solidarität unter den Verbrauchern ist es auch Menschen mit geringem Einkommen möglich, sich an einem Solawi Projekt zu beteiligen. Zentrales Ziel ist die Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel, der Schutz gesunder Naturkreisläufe und der Erhalt einer kleinbäuerlichen, nachhaltigen Landwirtschaft außerhalb von Wachstumszwängen und Konkurrenzdruck. Zudem wird das Land für die Verbraucher zugänglich und erfahrbar. Diese Verbindung schafft Bezug und fördert die Wertschätzung in der Gesellschaft gegenüber den erzeugten Nahrungsmitteln und der Arbeit auf den Höfen. Weitere Infos: www.solidarische-landwirtschaft.org

Anspruch und Wirklichkeit

Junglandwirte treffen sich in Fulda und diskutieren die Zukunft der ökologischen Landwirtschaft

Kann die ökologische Landwirtschaft trotz des Biobooms ihre Werte erhalten? Liegt die Messlatte zu hoch oder geht die Reise des Ökolandbaus in eine falsche Richtung? Das waren nur einige Fragen, die bei dem dreitägigen Treffen in Fulda Ende Oktober auf der Tagesordnung standen. Gekommen waren über 100 junge Bäuerinnen und Bauern, teilweise noch in der Ausbildung. Alle hoch motiviert aber auch kritisch betrachtend, denn nicht alle Ideale lassen sich umsetzen und auch innerhalb der Biobranche sind mit fortschreitendem Größenwachstum und der Erschließung von Absatzwegen, zum Beispiel im Lebensmitteleinzelhandel, Zwänge entstanden, die den Vorstellungen der jungen Landwirtinnen und Landwirten teilweise zuwiderlaufen.

Wie alles begann

Den Einführungsvortrag hielt Prof. Onno Poppinga em. unter dem Titel: Vom „eigenen Ding“ zu „raus aus der Nische“, zu ? Skizzenhaft zeichnete Poppinga dabei den Weg von den durch viel Ablehnung geprägten Anfängen der ökologischen Landwirtschaft, die damals auch alternativer Landbau genannt wurde, über eine zunehmende Akzeptanz und kontinuierliches Wachstum hin zum mengenmäßigen Erfolg unter Einbeziehung konventioneller Absatzstrukturen und deren Zwängen.

Auch die Vorsitzenden der Bioanbauverbände, Jan Plagge (Bioland), Alexander Gerber (Demeter) und Steffen Reese (Natlurland), waren gekommen und stellten sich den kritischen Fragen der jungen

Landwirte und Studierenden. Uli Zerger, Geschäftsführer der Stiftung Ökologie & Landbau, sprach der kommenden Generation Mut zu, das Bild des Ökolandbaus weiter zu zeichnen und zu konkretisieren. Während der Tagung wurden bei Vorträgen, in Gruppenarbeiten und bei Podiumsdiskussionen die Themen Rückumstellung, Sozial & Fair, Tiergesundheit und Naturschutz bearbeitet. Immer wieder wurde Versucht neben theoretischen Ansätzen auch praktische Lösungen aufzuzeigen.

Nach intensiver Zusammenarbeit

Zur Abschlussdiskussion am letzten Tag waren Dr. Ulrich Schumacher vom Biolandhof Gut Wilmersdorf bei Bielefeld, Detlef Hack vom Lämmerhof in Schleswig Holstein, Stefan Krepphold, Bauer und Vertreter des Bund Naturschutz, Christian Schüler von der Uni Kassel Witzenhausen und Bernd Schmitz, Bauer und stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL, auf das Podium gekommen.

Nach einer kurzen Vorstellung der Personen und Betriebe entspann sich eine lebhafte Diskussion um die zukünftige Ausrichtung im ökologischen Landbau. Schnell wurde deutlich, dass es keiner Neuerung bedarf. Dennoch stehen ökologisch wirtschaftende Betriebe immer wieder vor dem Problem für ihre Leistungen ausreichend entlohnt zu werden.

Ulrich Schumacher kritisierte, dass der einstmalige regionale Bezug von Bioprodukten zum Werbeargument verkommen sei. „Auch der Biohandel ist global organisiert und der Anteil der Direktver-

markter wird immer geringer“, so Schumacher, der die Milch von seinen 170 Kühen in der hofeigenen Molkerei verarbeitet und im Raum Bielefeld vermarktet. Detlef Hack berichtete von seinem Bestreben mehr Naturschutz zu verwirklichen. „Wir wollten 10 Prozent der Flächen der Natur überlassen“, berichtet der Landwirt „in der Kalkulation führt das im Schnitt zu 15 Cent höheren Kosten pro Kilo als bei einer ökologischen Produktion ohne Naturschutzanteil.“ Mit einer transparenten Darstellung und offener Kommunikation, so der Ansatz, sollte der Mehrwert den Kunden vermittelt werden. „Das ist gescheitert. Naturschutz machen wir aber dennoch.“ Inzwischen ist für Hack deutlich, dass man nicht alle Mehrkosten auf die Biokunden umlegen kann. Bioprodukte sind teuer. Damit finanziert der Kunde die ökologische Landwirtschaft. Gleichzeitig zahlt er aber auch über seine Steuern für die Schäden durch die konventionelle bzw. industrielle Landwirtschaft. „Wer Bio kauft zahlt damit gleich doppelt. Das bestätigt auch Stefan Krepphold und weist auf die enormen von der Allgemeinheit getragenen Folgekosten, zum Beispiel durch nitrat- oder pestizidverseuchtes Grundwasser, hin. Unzufrieden zeigte sich Krepphold gegenüber der Leistungsfähigkeit und den Erträgen im ökologischen Landbau. Hier, so der Bauer, sei noch viel Entwicklungspotential.

Die Konzerne schlafen nicht

Vor einer schleichend immer größer

werdenden Abhängigkeit von großen Konzernen warnte Christian Schüler. Die Konzentration sowohl im vor- als auch im nachgelagerten Bereich nimmt immer mehr zu. Lebensmittelkonzerne wie Nestle sichern sich durch Übernahmen kleiner Unternehmen Anteile am Biomarkt. Als bedrohlich schilderte Schüler auch die Entwicklungen am Saatgutmarkt. „Die meisten Unternehmen, die ökologisches Saatgut anbieten, haben gleichzeitig auch eine konventionelle Schiene und forschen nicht selten an gentechnisch veränderten Sorten.“ Auch, so Schüler, haben Unternehmen den Wunsch der Bevölkerung nach gentechnikfreien Produkten verstanden. Dennoch bedeutet gentechnikfrei nicht automatisch bäuerlich. Unternehmen wie die Aktiengesellschaft KTG Agrar sind ein negatives Beispiel.

Angemessener Preis

„Wir müssen die Begeisterung bei jungen Menschen am ökologischen Landbau wecken“, formulierte Bernd Schmitz von der AbL. In vielfältigen Strukturen, sich Herausforderungen stellen, abwechslungsreich und nachhaltig produzieren. Entwicklungsbedarf sieht Schmitz vor allem im Bereich der Vermarktung. „Wir bekommen es nicht hin, die notwendigen Preisabstände zu konventionellen Produkten zu realisieren“, so der Biobauer. „Das liegt auch daran, dass die Lebensmittelpreise generell zu niedrig sind.“

In der sich anschließenden Diskussion wurde das Engagement der Teilnehmer deutlich. Die angesprochenen Themen reichten von Stickstoffsteuer, dem Appell zu einer biologischen Pflanzenzüchtung, der Warnung vor dem Gegeneinander unter den Landwirten bis zur Arbeitssituation auf den Betrieben.

Am Ende zeigte die Stimmung von Teilnehmern und Veranstaltern, dass sie alle eine interessante Tagung voller Informationen und mit viel Austausch hinter sich hatten. mn



Viele begeisterte junge Menschen auf der Junglandwirte-Tagung in Fulda

Foto: SÖL

Seit dem Jahr 2012 ist die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) der offizielle Veranstalter. Die Verbände Bioland e.V., Demeter e.V. und Naturland e.V. treten als Kooperationspartner auf. Auch zahlreiche Unternehmen und Organisationen aus der Ökobranche unterstützen die Tagung mit Spenden.

Leserbrief:

zum Kommentar bs 11/2013

Die These des Kommentars „Die Gesellschaft ist viel weiter“ kann ich nicht teilen. Von welcher Gesellschaft reden die Autoren? Von unserer realen oder einer erwünschten? Aus dem Wahlergebnis lässt sich diese Aussage ja sicherlich nicht ableiten – aber nach der Wahl ist ja vor der Wahl! Wir können uns die Gesellschaft, den Verbraucher schön reden ... Doch „das wusste schon der weise Brecht“ (Wecker): erst kommt das Fressen, dann die Moral! Hat sich seither etwas geändert? Mitnichten! Die überwiegende Mehrheit der Verbraucher kauft nach dem Preis (billig) und will nur in Umfragen anders erzeugte Lebensmittel. Der jetzt von den Tierschützern und dem LEH eingeschlagene Weg, mehr Tierwohl über ein Bonussystem und nicht über höhere Marktpreise zu installieren, ist doch eine Ban-

krotterklärung. Die Gesellschaft in der Masse ist nicht „willig“ über höhere Preise bessere Standards zu bezahlen und den Lebensmitteln über den Preis mehr Wertschätzung zu geben. Dies erleben wir täglich im Marktalltag: GVO-freies Futter und artgerechte Strohhaltung interessieren nur wenige. Warum führt das NEULAND-Programm nach 25 Jahren immer noch ein Schattendasein am Markt? Wie sieht die Wirklichkeit aus? Die Ferienflieger sind voll, die Discounter steigern ihre Marktanteile, handwerklich arbeitende Metzgereien hören auf und bäuerliche Betriebe ebenso. Und die AbL philosophiert, „die Gesellschaft ist viel weiter“ ...

Hallo, aufwachen! Stellen wir uns der Realität und belügen uns nicht noch selbst.

Wolfgang Groth, 77731 Willstätt

Leserbriefe:

Wahlnachlese bs 11/2013

Ein kleiner Absatz der Wahlnachlese zur Bundestagswahl mit der passenden Überschrift „Grandios gescheitert“ setzte mich in Erstaunen. Wir sind tatsächlich grandios gescheitert, denn Ciolos ging auf keine einzige der entwicklungspolitischen Forderungen der Verbände - Plattform ein! Eigentlich müsste das auch der AbL aufgefallen sein, die ja immer die internationale Solidarität mit Bauern im Süden der Welt hochhält. Ciolos wehrt sich massiv dagegen, dass die Exportsubventionen abgeschafft werden. Er legt keinen Wert darauf, dass die Agrarpolitik das Recht auf Nahrung anerkennt. Es ist ihm egal, wenn die Agrarpolitik der Entwicklungspolitik widerspricht, obwohl das durch die EU-Verträge gar nicht zulässig ist. Ein Bericht über die Auswirkungen der GAP auf die Welternährung interessiert ihn nicht. Mehr heimisches Eiweiß? O.k., damit kann man ja im Rahmen des Greenings den konservativen Forderungen entgegenkommen. Ich hatte zweimal die Möglich-

keit mit Mitgliedern seiner Kommission zu sprechen. Beide Male wurden wir von der Agraropposition umworben, Ciolos bräuchte uns, er wolle doch das Gleiche wie wir. Beide Male blitzten alle entwicklungspolitischen Forderungen ab. Gleichzeitig sagte Georg Häußler, Kabinettschef: „Die GAP ist keine Sozialpolitik. ...Wenn sie das wäre, würden wir sie völlig anders umsetzen und auf die Situation der Bauern schauen – nicht Landbesitzer unterstützen, sondern Geld an die Kleinstbauern geben. Aber das tun wir nicht. Wir wollen die kleinen Betriebe nicht im System haben. Sie sind nicht das Ziel der GAP.“ Ich freue mich, dass wenigstens in der bayerischen AbL das falsche Spiel durchschaut und eine wirkliche Umorientierung hin zur Unterstützung bäuerlicher Betriebe gefordert wurde – ohne den Blick auf die vielen KollegInnen in anderen Teilen der Welt zu verlieren.

Angela Müller,

Voll daneben auch die Schelte Ulrich Jaspers in seiner „Wahlnachlese“ gegen den grünen Europa-Abgeordneten Martin Häusling, der demnach angeblich eine wesentliche Mitschuld am Scheitern der EU-Agrarpolitik tragen soll und der ja derzeit mit Maria Heubuch um Listenplätze der Grünen zur Europawahl konkurriert. Hier wäre Selbstbesinnung und Selbstkritik besser am Platz gewesen.

Renate Niemann, 20553 Varendorf

In der letzten Bauernstimme war einiges zu lesen über Positionen, Personen und Parteien und wie sie im Verhältnis zu AbL-Forderungen nach den Bundestagswahlen zu sehen sind. Der wichtige Schwenk auf die EU-Agrarpolitik fehlte nicht. Stutzig wurde ich gegen Ende des interessanten Artikels Wahlnachlese von Uli Jasper an der Stelle, wo dem Grünen EU-Abgeordneten und langjährigem AbL-Mitglied Martin Häusling Wirkungslosigkeit und Scheitern bescheinigt wird. Diese Einschätzung halte ich für sachlich falsch, persönlich unangemessen und journalistisch fragwürdig. All die Jahre seitdem in 2009 Herr Häusling erstmals in das EU-Parlament einzog, hab ich nichts über ihn in der Bauernstimme lesen können. Auch in Altenkirchen war er im Gegensatz zu anderen Parteivertretern nicht als Referent geladen. Woher kommt dieses harte Urteil? Da erwarte ich doch von der Bauernstimme echte Argumente und eine kontinuierliche Berichterstattung. Interessan-

terweise steht zu Beginn des Artikels klar, deutlich und zutreffend, dass eine bäuerliche Ausrichtung der EU-Agrarreform im wesentlichen von der deutschen Regierung unter Kanzlerin Merkel verhindert wurde. Durch einen Besuch im EU-Agrarausschuss am Anfang dieses Jahres konnte ich mich persönlich vom engagierten Einsatz Häuslings für eine bäuerliche Landwirtschaft überzeugen. Durch Verfolgen von Debatten und Abstimmungen über die Webseite des EU-Parlaments bestätigte sich dieser Eindruck. Darüber hinaus frage ich mich, wie die Bauernstimme und auch die AbL es sich erlauben kann, auf die Expertise eines Vereinsmitglieds und Teilnehmers der Trilog Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament der EU zu verzichten. Andere Verbände würden sich wahrscheinlich glücklich schätzen, solche Personen in ihren Reihen zu haben und ihnen einen angemessenen Raum zu Berichten geben.

Karl Hellwig, 34593 Reddingshausen

20 oder 20.000

Wenn man als AbL Mitglied in Niedersachsen zu Hause ist, wird man von Kollegen und auch von Institutionen oft kritisch beäugt. Massentierhaltung, Verlust der bäuerlichen Landwirtschaft,



... aus Niedersachsen

Grundwasserbelastung sind jedoch die Themen hinter vorgehaltener Hand. So hatte ich zum Beispiel ein schönes Erlebnis mit einem Kammerberater nach einer Veranstaltung bei uns im Ort.

Zusammen mit mehreren Kollegen kamen wir nach der Veranstaltung ins Gespräch über eben diese Themen. Kritische Worte, auch von „normal wirt-

schaftenden Betrieben“ musste hier der Fachmann anhören und beantworten. Das fiel dieser Person nicht immer leicht und die Lautstärke der Runde erhöhte sich zunehmend. Eigentlich versuchte eben besagter Berater jedem der Runde nahe zu legen, dass auch er auf seinem Betrieb schon einmal Vorteile seiner Beratung genießen durfte und immer nur rumjammern bringe ja auch nichts. Man müsse ja zuletzt auch mal zufrieden sein. Und so schlimm sei das ja auch gar nicht mit der Massentierhaltung, dem Verlust der bäuerlichen Landwirtschaft und der Grundwasserbelastung. Ist doch noch alles im Rahmen. Uns wurde vor einiger Zeit empfohlen, unseren Milchviehbestand mindestens zu verdoppeln. Noch nie hatte ein Bauer in unserer 400-jährigen Betriebsgeschichte seinen Milchviehbestand verdoppelt und solch ein großes finanzielles Risiko auf sich genommen. Als Ergebnis der Beratungen im Familienrat wurde beschlossen, die Milchviehhaltung einzustellen, anstatt sie zu verdoppeln. Dieses stieß bei besagtem Berater auf völliges Unverständnis. Er gab mir zu verstehen, dass ich auf dem falschen Weg sei. Um die Situation nicht eskalieren zu lassen, stellte ich ihm die Frage, ob ich für einen Legehennenstall (wir möchten uns gerne Hühner anschaffen) ein Gutachten benötige? Sofort kam die Frage: „Für wie viele Tiere?“ Meine Antwort: „20“. Und schon wurde ich von ihm unterbrochen: „20.000 Legehennen, eine vernünftige Größe, na da sind Sie doch noch zur Vernunft gekommen und auf dem richtigen Weg. Natürlich brauchen Sie ein Gutachten der Landwirtschaftskammer, aber ihr Betrieb hat ja eine gute Lage, da sehe ich keine Probleme im Genehmigungsverfahren“. Als ich dann endlich wieder zu Wort kam und berichtigte, dass wir 20 Hühner und nicht 20.000 Hühner halten wollten, schüttelte besagter Berater mit dem Kopf und sagte: „Ihnen kann man einfach nicht helfen!!!!“

Ein Bauer (48) erzählt...

„Für bäuerliche Betriebe ein Butterbrot“

Nachdem eine Agrarreform in Europa zu einem Reförmchen degradiert wurde, haben uns die deutschen Länderagrarminister in München bewiesen, was ihnen bäuerliche Familien wert sind, nämlich ein Butterbrot. Das starre Festhalten an der Flächenprämie ist für arbeitsintensivere Tierhalter, die in der Regel weniger Fläche bewirtschaften, ein Schlag ins Gesicht. Artgerechte Tierhaltung, Erhalt bäuerlicher Strukturen, Humusaufbau, dörfliche Kultur, Kultur-Landschaft, Begeisterung junger Menschen für die Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und vieles mehr wird ohne Mindestlohn nicht zu machen sein. Die Bundes-AbL müsste hierzu viel konkretere Forderungen an die Politik stellen. Spürbare Verbesserungen für bäuerliche Betriebe werden wir erst dann erreichen, wenn die Bundesvorsitzenden keine politischen Mandatsträger mehr sind, frei bäuerliche Entscheidungen treffen können und die Zusammenarbeit mit den Landesverbänden (Basis) verstärken. Ein politisch unabhängiger Bundesvorstand und Geschäftsführung und eine Unabhängige Bauernstimme, darauf könnte ich als Mitglied der AbL stolz sein.

Anton Prechtl, AbL Bayern

Mittwochtage

Wer oder was ist schon „normal“? Diese sehr moderne märchenhafte Geschichte verknüpft ganz lebendig unterschiedliche Menschen, die anecken und dennoch oder gerade deswegen sehr lebenswürdig und aufmerksam daher kommen. Tante Hulda ist ein lebensfroher Mensch, der ganz offen ausspricht, was ihr durch den Kopf geht. Genau deshalb besucht Sara sie so gern immer mittwochs in ihrer betreuten Wohngruppe für geistig behinderte Menschen. Doch da soll die Tante nun ausziehen. Das wollen sich die beiden nicht gefallen lassen und machen sich auf den Weg, um Verstärkung zu holen. Eine abenteuerliche Reise mit erstaunlichen Begegnungen beginnt: ulkige Ge-

sprächspartner im Zug, ein hilfsbereiter schmutziger Obdachloser, ein zupackender Punk und Künstler namens Ratte und dessen einfühlsame Freundin Bitze, die mit düsteren Gedanken kämpft. Wer diese und andere warmherzigen Figuren kennenlernen und wissen will, wie sie der Geschichte zu einem guten Ende verhelfen, dem sei dieses Buch empfohlen! *cw*

Sylvia Heinlein, *Mittwochtage: oder „Nichts wie weg!“, sagt Tante Hulda*, 128 Seiten, ISBN 978-3-8369-5276-7, Gerstenberg Verlag, 12,95 €, (auch als Taschenbuch, 160 Seiten, ISBN: 978-3473524853, Ravensburger Buchverlag, 6,99 €), ab 9 Jahren zu beziehen über den ABL Verlag



Immissionschutz-Gesetz konkretisiert

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz hat einen ganz zentralen Stellenwert, wenn es um die Verhinderung großer agrarindustrieller Tierhaltungsanlagen geht. Die Paragraphen des Gesetzes müssen jeweils konkret angewendet und interpretiert werden, unter anderem durch das Hinzuziehen bestehender Gerichtsurteile. Ein Gesetzeskommentar enthält ganz viele solcher Konkretisierungen, Auslegungen und Beispiele – deshalb sind insbesondere Neuauflagen mit ihren neuen Fakten hierzu von besonderer Bedeutung. Der Kommentar von Professor Dr. Hans D. Jarass, Direktor des ZIR Forschungsinstituts für deutsches und europäisches öffentliches Recht an der Universität Münster, ist in diesem Rechtsbereich ein zentrales, wenn auch nicht billiges Standardwerk, insbesondere aber beileibe nicht nur für Juristen und Menschen in Verwaltungen. *en*

Hans D. Jarass, *BimSchG – Bundes-Immissionsschutzgesetz, Kommentar, Neuauflage 2013, 1026 Seiten, Verlag C.H Beck, München; 135 Euro.*



Der Wurzelatlas

Wie sieht es unter dem Weizenfeld aus. Alles voller Wurzeln. Aber bis in welche Tiefe, wie weit verzweigt, mit Zentralwurzel oder gleich fein verzweigt. Um mehr vom Wurzelraum zu erfahren, kann man Bodenprofile graben und dann in mühevoller Kleinarbeit, ausgehend von den oberirdischen Pflanzenteilen, die Wurzeln in die Tiefe verfolgen und freilegen. Frau Prof. Dr. Lore Kutschera (1917–2008) und Herr Prof. Dr. Erwin Lichtenegger (1928–2004) haben sich ihr gesamtes Leben den Wurzeln gewidmet. Im Wurzelatlas zeigen sie die Wurzelbilder von 97 Kulturpflanzen, die sie freigelegt haben. Anhand von über 180 Wurzelzeichnungen sowie mehr als 800 Farbbil-

dern (Fotos, anatomische Wurzelschnitte) werden die Erkenntnisse erläutert und vertieft. Darüber hinaus beinhaltet das Buch viele interessante Grundlagen zu Wurzeln, deren Bau und Aufgaben. *mn*

Der Wurzelatlas. Lore Kutschera, Erwin Lichtenegger und Monika Sobotik; 527 Seite; DLG-Verlag; über 800 Farbbilder und 180 Zeichnungen; ISBN: 978-3-7690-0708-4. € 99,00

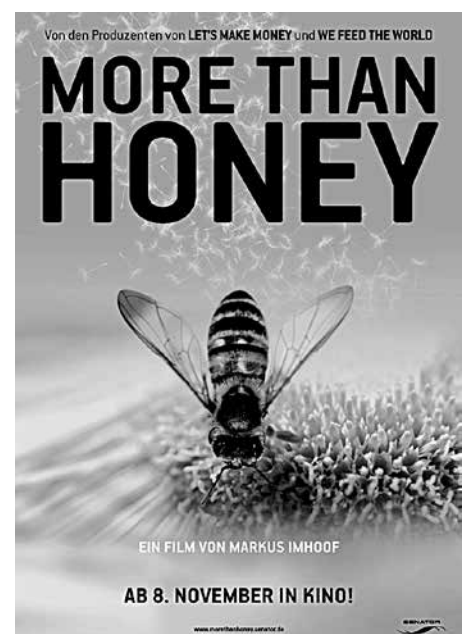
More than honey

Immer wieder tauchen in der Presse Meldungen auf über das Bienensterben. In dem, mit dem deutschen Fernsehpreis prämierten, Dokumentarfilm von Markus Imhoof reist der Zuschauer rund um die Welt und lernt die Probleme der Imker kennen.

Die Reise beginnt beim traditionellen Schweizer Bergimker Fred Jaggi, der seine Bienenschwärme gegen alle äußeren Einflüsse abschirmt, das Sterben seiner Tiere aber dennoch nicht abwenden kann. Weiter geht es in die USA, wo ein global agierender Großimker seine Arbeiterinnen mit Antibiotika behandelt, um deren Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Drastische Ausmaße hat das Bienensterben in China angenommen, wo Menschen in

Handarbeit Pollenpulver auf Blüten auftragen, weil es in einigen Teilen des Landes keine Bienen mehr gibt. An der mexikanischen Grenze findet Imhoof schließlich sogenannte „Killerbienen“, eine besonders widerstandsfähige Kreuzung aus europäischen und afrikanischen Bienen, die einen Ausweg aus der misslichen Lage der Honigbienen bringen könnte. *vt*

Der Film über das Leben der Honigbiene in unserer heutigen Zeit ist inzwischen auch auf DVD erhältlich. More than honey DVD 91 min., 20,-€ zu beziehen über den ABL Verlag



Seitenwege

Songs und Instrumentals auf der Harfe Mit dem Doppelalbum „Seitenwege“ hat Stefi Clar, Gärtnerin im Gemüsesamenbau bei Dreschflügel, eine musikalische Profiarbeit abgeliefert.

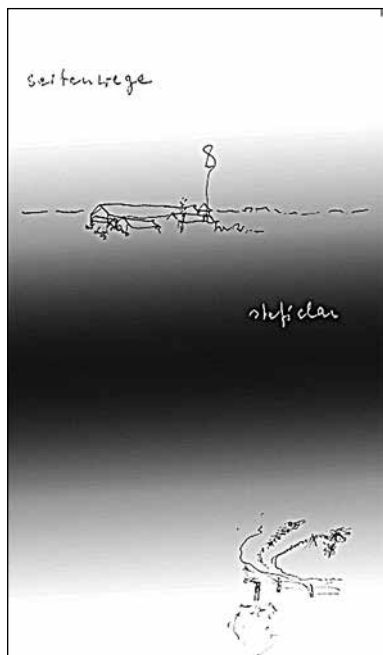
Stefi Clar mischt folkige Eigenkompositionen, die Anklänge an ernste Musik enthalten, mit Ausflügen in die Pop- und Singer/Songwriter-Musik, wie „Time after Time“ von Cindy Lauper oder auch „Jeder Tag ist gezählt“ von Gerhard Schöne. Instrumentalmusik steht neben Liedern mit Texten in deutsch, spanisch, englisch. Neben einigen sehr puristischen Stücken wird sie - in unterschiedlichen Besetzungen - von Musikerinnen und Musikern auf Geige, Akkordeon, Digeridoo, Schlagzeug, Bass und anderen Instrumenten begleitet - zuweilen überlässt sie ihren MusikerkollegInnen auch mal komplett die Interpretation ihrer Kompositionen.

Die Spannbreite der Musik ist groß: von ruhigen Melodien reicht sie über verspielte und spielfreudige Arrangements bis hin zu sehr klangvollen Sounds mit kräftiger Rhythmusbetonung. Dennoch fällt das Album in keiner Weise auseinander - es ist gut „durchhörbar“: abwechslungsreich und gleichzeitig aus einem Guss.

Die Musik lädt zum Zuhören ein, zum

Träumen und Entspannen: die ausgefeilten Arrangements, die musikalischen Leistungen aller Mitwirkenden sowie die natürliche und warme Stimme von Stefi Clar machen aus der CD ein gelungenes Werk: melodios, rhythmisch, ausdrucksstark.

Stefi Clar, *Seitenwege*, Gesamtspielzeit: ca. 104 Minuten, 23,90 €, zu beziehen über den ABL Verlag



Kurzes am Rande

Wie viel ist genug?

Wirtschaftswachstum ist ein scheinbar unumstößliches Ziel, soll aus Krisen retten und Einkommen sichern. Die beiden britischen Wissenschaftler Robert und Edward Sidelsky, Wirtschaftstheoretiker der eine, Sozialphilosoph der andere, stellen das unbedingte Streben nach Wachstum sehr umfassend und erfrischend klar in Frage. Sie beschäftigen sich mit dem Zweck unseres wirtschaftlichen Handelns und ziehen dazu die Wirtschaftsphilosophie zu Rate. Die Sidelskys nehmen die Theorien John Maynard Keynes als Ausgangspunkt und vergleichen sie mit Vorstellungen von Ökonomie aus der Antike und asiatischen Hochkulturen sowie mit neuzeitlichen Entwicklungen. Sie führen aus, dass Wirtschaft und Geld nur Mittel zum Zweck sind und es letztendlich um ein „gutes Leben“ geht. Wie das heute aussehen könnte, umschreiben die Autoren durch sogenannte Basisgüter: Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur, Freundschaft und Muße. Um diese zu fördern, setzen die beiden auf eine stärkere Sozialpolitik, die Einführung eines Grundeinkommens und die Einschränkung des Konsumdrucks. cw

Robert und Edward Sidelsky, *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*, 319 Seiten, Antje Kunstmann Verlag, München 2013, 19,95 €, zu beziehen über den ABL Verlag

Marunde Kalender 2014

Neues von den täglichen Freuden und Plagen aus der norddeutschen Tiefebene sowie vom Zusammenleben zwischen Mensch und Tier erzählt Marunde in zwölf Cartoons. vt
ISBN: 978-3-8400-5983-4 Wandkalender Format: 34,5 x 44,0 cm, 19,99 €



Träumen und Querdenken

In seinem neuen Sachbuch macht der Kultur-, Markt- und Medienforscher Stephan Grünewald „blinden Leistungsdruck und besinnungslose Betriebsamkeit“ zu Themen, die nicht nur zunehmend viele Menschen in die Erschöpfung treibt, sondern sie ihrer Schöpferkraft beraubt. Grünewalds Analyse soll den Blick aus diesem Hamsterrad öffnen - zur Nutzung der Unruhe und der Umbrüche durch mehr Kreativität, Inspiration, Innovation und Querdenken - und zwar durch das Zulassen von Zeit zum „Träumen“, anderen Dimensionen und Tiefen. Mancher mag sich zunächst vielleicht etwas schwer tun mit dieser überraschenden psychologischen Sicht- und Sprachweise - über die Grünewald aber überraschende und konkrete Blicke öffnet auf aktuelle Fragen: Digitaler Lebensstil, Senioren, Jugend, Piratenpartei-Träume, Google, Facebook und Co. Nützliche oder auch kritikwürdige Anregungen gibt es für unseren beruflichen und politischen Alltag, aber auch für unsere Rolle als agrarpolitische Querdenker und Neuerer und für unsere damit verbundenen und umzusetzenden „Träume“. en

Stephan Grünewald, *Die erschöpfte Gesellschaft - Warum Deutschland neu träumen muss*, 188 Seiten, Campus-Verlag, Frankfurt, 2013; 19,99 Euro.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|---|--------------------|
| Expl. Bauernparty Neuerscheinung Nov. 2013 | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage) | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stürwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. König Silo, CD | Stückpreis 10,- € |
| Leitbild Schweiz oder Kasachstan | Stückpreis 8,-€ |
| Expl. Jung, dynamisch, erfolglos? | Stückpreis 8,-€ |
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013: www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen. Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. **Anzeigenschluss für BS Januar ist der 13. Dezember 2013**

Tiermarkt

• **Hütehunde für die Rinderarbeit** Unsere Australian Working Kelpie Hündin erwartet im Dezember Welpen. Die Eltern arbeiten mit Kühen, Jungtieren und Schafen auf unserem Betrieb. Kirsten Wosnitza ☎ 04673-962284

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Hof und Arbeit

• **Junger Biobauernhof im Aufbau** in SH sucht tatkräftige und unabhängige Mitbewohner. Hadii@gmx.net

ETL | Freund & Partner

Lutherstadt Wittenberg
Steuerberatung für die Landwirtschaft



- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH Tel: (03491) 4180-0
Steuerberatungsgesellschaft Fax: (03491) 4180-12
Niederlassung Wittenberg E-Mail: agrar@etl.de
Berliner Straße 1 Web: www.etl.de/fp-wittenberg
06886 Lutherstadt Wittenberg www.facebook.com/fpwittenberg

Moderne Direktvermarktung für Ihren Bauernhof

Landwerk: Erzeuger-Verzeichnis und Internet-Marktplatz für bäuerliche Landwirtschaft

- eigene Erzeugnisse bequem online verkaufen
- kostenloses Erzeuger-Portrait
- Landwerk macht für Sie Werbung

www.landwerk.org/fuerlandwirte



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de

**Veranstaltungen**

Brasilien - ein Land im agrarpolitischen Wandel Großgrundbesitz und Gentechnik oder bäuerliche Landwirtschaft?



25. November bis 11. Dezember

Brasilien ist der wichtigste Lieferant gentechnikfreier Soja für Europa, gleichzeitig werden dort in großem Stil gentechnisch veränderte Sojabohnen angebaut. Wie sind die aktuellen Entwicklungen in der Debatte?

Der renommierte Agrarexperte Prof. Antônio Andrioli berichtet aus erster Hand über die Kontroversen in Brasilien und zeigt Alternativen in seinem Land auf: Die Förderung bäuerlicher Familienbetriebe und Weiterentwicklung agrar-ökologischer Anbaumethoden.

Abl e.V. und Brot für die Welt organisieren eine Vortragsreise durch Deutschland und Österreich:

Termine:

Schleswig-Holstein: 25.11.2013, 20 Uhr, Hogeus, Koberg 2, 23552 Lübeck

Niedersachsen: 26.11.2013, 20 Uhr, Heinemann's Gasthaus, Liebfrauenstraße 13, 26655 Westerstede-Hollwege

Nordrhein-Westfalen: 27.11.2013, 20 Uhr, Katholisches Pfarrzentrum Rinkerode, Pankratiustr. 4, 48317 Rinkerode

Rheinland-Pfalz: 28.11.2013, 20 Uhr, Bürgerhaus Bekond, Schulstraße 6, 54340 Bekond

Baden-Württemberg: 29.11.2013, 20 Uhr, Luitprechtalle, 88662 Lippertsreute /Überlingen

Berlin: 02.12.2013, 19:30 Uhr, Heinrich Böll Stiftung, Saal 2, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Brandenburg: 04.12.2013, 19 Uhr, Landfleischerei Dolgeline GmbH, Maxim-Gorki-Str. 6, 15306 Lindendorf OT Dolgeline

Thüringen: 05.12.2013, 19:30 Uhr, Universität Jena, Carl-Zeiß-Str. 3, 07743 Jena

Bayern: 06.12.2013, 19:30 Uhr, Stadthalle Uffenheim, Luitpoldstr. 5, 97215 Uffenheim

weitere Termine und Informationen: www.abl-ev.de/termine

Annemarie Volling, mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de, mobil: 0160/96760146

Die Rundreise wird unterstützt von: Stiftung GEKKO * Die Bäcker. Zeit für Geschmack e.V. * Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg * IG-Nachbau * Effenberger Vollkorn-Bäckerei * Gentechnikfreie Regionen in Deutschland * GLS-Bank * Rapunzel Naturkost * Springer Bio-Backwerk

3. Leguminosentag

28.11.2013, B.Sassendorf, 10 Uhr
Tagung zum Thema Greening - eine Chance für Leguminosen?
s. Anzeige Unabhängige Bauernstimme November 2013, S. 23

Hofnachfolgeseminar

29.11.-1.12.2013, Loccum (Nieders.)
Neben Inhalten wie Vertragsgestaltung, Sozioökonomie und Prozessgestaltung werden Landwirte von ihren Hofübergabeerfahrungen berichten.
Tagungsbeitrag 185,- €, reduziert 115,- €
Infos unter: www.hofgruender.de

Botulismus und Clostridiose

30.11.2013, Bad Fallingb., 10:30 Uhr

Winterveranstaltung mit Vorträgen zu den Themen Tierkrankheiten und das neue Tiergesundheitsgesetz.

Anmeldung: Klaus Wohldmann, mail: poggenhof@t-online.de, Fax: 038488-51638

**Bücher für die Landwirtschaft**

Die Bücher sind bei Agrar Media oder über den Buchhandel bestellbar. Sichern Sie sich jetzt Ihr persönliches Exemplar!



Fachbuch über tiergerechte und gesunde Rinderernährung.

ISBN 978-3-9814628-0-7

69,95 €



Firmenchronik des ostwestfälischen Landtechnikherstellers Köckerling.

ISBN 978-3-9814628-1-4

29,95 €



Ein Überblick über 100 Jahre Diesel-Landtechnik.

ISBN 978-3-9814628-2-1

24,95 €

Telefonische Bestellhotline: +49 5246 83860 -10 | Bestellfax: +49 5246 83860 -50
E-Mail: buch@agrar-media.de | www.agrar-media.de

Regionaltag Solidarische LW

30.11.2013, Düsseldorf, 10 Uhr

Projekte der solidarischen Landwirtschaft aus der Region werden vorgestellt und Erfahrungen ausgetauscht.

Casino (Glashütte), Heyestraße 178, 40625 Düsseldorf-Gerresheim

Haltestelle „S-Bahnhof Gerresheim“

Stallbau und Tiergesundheit

02.12.2013, Schwerin, 9-17 Uhr

Das Praktiker-Seminar Stallbau und Tiergesundheitsmanagement für Ökoschweine mit Vorträgen und anschließender Diskussionsrunde. Die Teilnahme ist kostenlos.

Ort: Hofcafe Medewege, Hauptstraße 15, 19055 Schwerin-Groß Medewege
Anmeldung und Infos: www.bundmecklenburg-vorpommern.de/themenundprojekte/Terminübersicht

**WIR HABEN
AGRARINDUSTRIE SATT!**



18. JAN. '14 DEMO
POTS DAMER
PLATZ
11⁰⁰ UHR **BERLIN**

Weitere Infos unter: www.wir-haben-es-satt.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel. 04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Osteide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeih, Tel.: 07553-7529, a.schmeih@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.: 07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,

0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Michael Beleites, michael.beleites@web.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel:

036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

mail@kanzlei-kersten.de;



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,

21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758,

E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Drei andere Dinge

Statt auf Heiligabend freute ich mich in der Vorweihnachtszeit auf drei andere Dinge. Zuallererst freute ich mich auf den ersten Marzipanstollen. Wobei ich nicht recht wusste, was dieses so leckere Gebäck mit dem Kumpel meines Bruders zu tun hatte, der auch „Stollen“ hieß. Solche Begriffsgleichheiten brachten mich als Kind immer sehr durcheinander. „Stollen“ war nichts als eine liebenswürdige Verballhornung seines Nachnamens, die nahe lag, weil Stollen in der Fußballmannschaft meines Bruders einen knallharten Verteidiger gab, so dass er oft auch „Eisenstollen“ genannt wurde. Da es aber nicht ungewöhnlich war, dass die großen Jungs sich nur mit Nachnamen riefen, dachte ich lange Zeit, „Eisen“ sei Stollens Vorname und „Stollen“ sein Nachname. Und manchmal stellte ich mir vor, wie Eisen Stollen mit einer Grubenlampe am Kopf und einer Spitzhacke in der Hand in einem Bergwerkstollen stand und Marzipanstollen aus dem Gestein klopfte, die dann verpackt und in den Supermarkt gebracht wurden, aus dem Mudder sie wegkaufte, um sie bei uns zuhause in dicke Scheiben zu schneiden, mit Butter zu beschmieren und an mich zu verfüttern. Oh, was liebte ich Marzipanstollen! Allein schon dieser Duft und der beim Anfassen herabrieselnde Puderzucker! Und in der Mitte, unter der Butter, diese Insel aus Marzipan, die sich mit der Zunge am Gaumen breit drücken ließ und die beim langsamen Im-Mund-Zergehen-Lassen so wunderbar kitzelte. Noch immer freue ich mich im Herbst sehr auf den ersten Marzipanstollen, obwohl ich inzwischen weiß, dass es sich dabei nicht um einen Bodenschatz, sondern um ein gewöhnliches Gebäck handelt.

Zweitens freute ich mich aufs Karpfenholen. Mein Vadder hatte mit einem benachbarten Karpfenteichbewirtschaftler, der einen Karpfenteichbewässerungsgraben über unser Land gebuddelt hatte, als Pachtzins einen Doppelzentner Karpfen pro Jahr ausgemacht. In der Vorweihnachtszeit holten wir mit unserem zitronengelben VW Käfer immer eine riesige Zinkwanne voller lebender Karpfen vom Fischer. Vadder versorgte fast unser ganzes Dorf mit Weihnachtskarpfen – gegen Geld oder als Weihnachtsgeschenk im Gegenzug zur

Hilfe bei der Ernte oder beim Holzmachen. Bevor wir zum Fischer fuhren, baute Vadder immer den Beifahrersitz des Käfers aus. An dessen Stelle wurde die Zinkwanne gestellt, welche nur mäßig mit Wasser gefüllt war, damit die Karpfen auf der Fahrt nicht eintrockneten. Beim Fischer durfte ich manchmal mit dem Kescher die Karpfen aus dem vollen Becken fischen, und wenn die Wanne voll war, fuhren Vadder und ich unsere Runde durchs Dorf. Ich saß auf der Rückbank



Der Schnee wird kommen und auch die Weihnachtsstimmung Foto: Hermsdorf

und passte auf, während die Fische in der Wanne träge hin- und herschwappten. Dunkel und glitschig lagen sie aufeinander und schnappten verzweifelt nach Luft, und wenn einer aus der Wanne hüpfte, musste ich ihn im Auto wieder einfangen. Bei den Karpfenempfängern angekommen, packte Vadder immer einen oder zwei in eine Plastiktüte, und ich durfte die Fische zur Haustür bringen. Da öffneten meist die feiertagsfleißigen Frauen mit ihren Kittelschürzen und ihren rosigen Wangen, und meist bekam ich reichlich Naschi nur für mich. Das war toll.

Drittens liebte ich das Weihnachtsbaumholen. Damals gab es noch keine Weihnachtsbaumplantagen. Vadder und ich holten immer zwei Weihnachtsbäume aus dem dunklen Mischwald am Depenauer Moor: einen kleinen für Oma und Opa, und einen großen für uns. Ei-

nen Tag vor Weihnachten fuhren wir mit dem kleinen Frontladertraktor los, dick eingemummelt, ausgerüstet mit Parka, Mütze, Schal, dicken Handschuhen und der Bügelsäge. Es war die Zeit, bevor geschlossene Treckerkabinen sich durchsetzten. Unser Fendt hatte ein Verdeck und eine Frontscheibe, aber keine Seitenscheiben. Der Beifahrersitz befand sich auf dem linken Kotflügel, und während Vadder den schmalen, verschneiten Waldweg entlang fuhr – denn natürlich liegt in

meiner Erinnerung zu Weihnachten Schnee – streifte der Frontlader die schneeverhangenen Äste, und der feine Pulverschnee wehte mir um die Ohren, was ich halb wunderbar und halb eklig fand. Es gab so vieles, was ich halb wunderbar und halb eklig fand, und das waren die besten Sachen, zum Beispiel Brausepulver, Schaumzuckerware, von uns „Schweinespeck“ genannt, und nicht zuletzt Sandra aus meiner Klasse: alles halb wunderbar und halb eklig, also wunderbar. Im Wald angekommen, stellte Vadder den Trecker ab und wir stiefelten durch den Schnee, jeder die Bügelsäge an einem Ende fest haltend, so dass wir fast Hand in Hand gingen, wofür ich mich eigentlich schon viel zu groß und zu cool fand, so dass es gut war, dass es die Säge gab, die uns verband und trennte, wir zogen also weiter, immer Ausschau haltend nach „Baby Baum und Papa Baum“, wie ich sagte. Dann sahen wir sie, und

wir mussten für uns sterben. Gemeinsam führten wir die Säge und Vadder sagte: „Locker, und mit Schwung!“ und obwohl ich eigentlich nicht wusste, wie er das meinte, klappte es. Bald lagen Baby Baum und Papa Baum aufstellfertig in der Frontladerschaukel, und wir fuhren zuerst zu Oma und Opa, um den Baum abzuliefern. Beide freuten sich. Opa begann sofort, Baby Baum auf den Fuß zu montieren, während Oma darauf bestand, dass wir einen heißen Tee tranken und einen Omaburger aßen: Das war eine Scheibe Weißbrot mit Honig und einem Stück Kuchen oben drauf geklebt. Das war lecker, so süß, halb wunderbar und halb eklig, also wunderbar, und ich hätte gern noch ein Stück gegessen, aber Vadder sagte, wir müssten los, er müsse in den Stall. Also brachen wir auf.

Matthias Stührwoldt

unabhängige bauernstimme: wünscht Frohe Weihnachten!

12/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221